

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

79 (12.4.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 36, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 58, Chefredakteur Hermann Jerrentrop, Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 15, Fernruf 2249, Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 11; Lörrach, Feldbergstraße 9; Konstanz, Hussenstraße 46.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 monatlich, Trägertarif. Bei Postzustellung DM 2,50 zuzügl. DM -34 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 477, 5160. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 27, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 2. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 79

Mittwoch, 12. April 1950

Preis 15 Pfg.

Vorbildlich!
Vom ersten Tag der Unterschriften-Sammlung für den Frieden.

Im Stadtteil Stahlbad in Weinheim, der 900 Einwohner zählt, haben sich am ersten Tag der Sammlung 650 Menschen in die Unterschriftenlisten für den Frieden eingetragen.

Von 152 Bewohnern gaben in der Kleiststraße in Weinheim 142 ihre Unterschrift.

In dem Betrieb Hutchinson in Mannheim trugen sich am ersten Tag der Unterschriftensammlung bereits 250 Arbeiter und Arbeiterinnen in die Listen der Friedensbewegung ein.

Diese wenigen Beispiele zeigen den Willen der Werktätigen, gegen die Kriegsgefahr etwas zu tun; sie zeigen, daß bei reger und unermüdder Tätigkeit das Ziel der Unterschriften-Friedensfreunde, laßt nicht locker! Es und überschritten wird. Deshalb, darf bis zum 30. April kein Tag vergehen, an dem nicht neue Beispiele wie diese geschaffen werden.

Voran müssen die Betriebe stehen. Jeder Betrieb, eine Festung für den Frieden, muß die Lösung sein!

Ein Erfolg — gegen seine Bedrohung

Von Willy Grimm

Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht ist in Kraft! Zweifellos ein großer Erfolg eines jahrelangen zähen Ringens der Arbeiterschaft, ihrer Gewerkschaften und politischen Vertretungen. Den Erfolg sofort auszunutzen, den jetzt gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten in den Betrieben konkreten Inhalt zu geben, ist ein Gebot, das nicht eine einzige Stunde Aufschieben erfordern darf; denn dieser Erfolg ist bereits in der Stunde, wo er errungen wurde, bedroht. Warum?

Wenn in den vergangenen Jahren die Besatzungsmacht allen Protesten aus den Reihen der Arbeiterschaft zum Trotz an der Suspendierung der Artikel des Betriebsrätegesetzes, die das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht in bestimmtem Umfang garantieren, festgehalten hat, dann tat sie es, weil in jener Zeit die politische Interessensvertretung des Unternehmertums nicht stark genug war, allein dem Willen der Arbeiterschaft zu trotzen. Wenn jetzt der Hohe Kommissar McCloy, also die Besatzungsmacht, nachgegeben hat, dann liegt dem auch eine politische Berechnung zugrunde. Die nach den Demontagen, nach der Drosselung unseres Handels, nach der Spaltung Deutschlands und nach dem Erlaß des Ruhr- und Besatzungsstatuts in den

Ab heute:
Neuer Roman
Brand in der Polarnacht
Von Tichon Sjomuschkin

Augen der Bevölkerung in keinem guten Kredit stehende Besatzungsmacht führt eine Geste durch, als ob sie mindestens in Zukunft es nicht mehr in gleicher Weise wie bisher mit dem scharfmacherischen Unternehmertum halten würde. Wer dies in der Arbeiterschaft glaubt, wähen zu dürfen, ist einem schweren Irrtum verfallen!

Die Besatzungsmacht ist inzwischen der Auffassung, daß die Unternehmer und ihre politische Interessensvertretung, die Adenauerregierung in Bonn, stark genug sind, um selbst eine Suspendierung der in den Ländern Württemberg-Baden und Hessen festgelegten wirtschaftlichen Mitbestimmungs vornehmen zu können. Man vertraut auf die reaktionäre Mehrheit im Bundestag, die zusammen mit der Millionärregierung in Kürze ein Gesetz verabschieden will, das die Betriebsrätegesetzte in den Ländern außer Kraft setzt, wobei man auf kaltem Wege die so heiß umstrittenen Artikel über das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht glaubt erledigen zu können; denn ein Gesetz, bei dem die Millionärregierung, die reaktionäre Koalition CDU/CSU, DVP und DP Pate stehen, entbehrt die Unternehmer der Notwendigkeit, ein zweites Mal den Eingriff der Besatzungsmacht zu gebrauchen.

Daraus folgt, daß, wenn der Zustand, wie er jetzt rechtlich geschaffen wurde, wenn er ein bleibender Erfolg werden soll, die Arbeiterschaft in allen Betrieben rasch handeln muß.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Auch das wird nichts nützen!

Mit Sondergesetzen versucht es die Gasperi gegen die Friedenskämpfer

Rom. (EB) Die italienische Regierung des Gasperi hat eine Ausnahme-Gesetzgebung zur Sicherung der amerikanischen Waffenlieferungen beschlossen. Die Nichtentladung von Waffen sei nach dieser Gesetzgebung ein „Anschlag auf die Staatssicherheit“ und soll von Sondergerichten abgeurteilt werden. Truppen sollen in großem Umfang zur Entladung der Schiffe mit Kriegsmaterial eingesetzt werden. Auch damit versucht die Regierung die Hafenarbeiter einzuschüchtern.

Die Regierung des Gasperi beschreitet mit ihren Maßnahmen einen gefährlichen Weg. Sie mußte in vielen Fällen bereits erfahren, daß Gewaltmaßnahmen das Gegenteil bewirken und die Werktätigen nur um so entschlossener zum Handeln schreiten. Die Gewaltmaßnahmen gegen die landbesitzenden Landarbeiter und armen Bauern ließen die Bewegung lawinenartig anschwellen und machten die Regierung machtlos. Das italienische Volk läßt sich durch eine Terrorgesetzgebung nicht zum willenlosen Objekt der von der Regierung des Gasperi verfolgten amerikanischen Kriegspolitik machen.

Max Reimann im Ruhrgebiet:

Das ganze Deutschland wird es sein!

Massenkundgebung im Geiste der beim Kapp-Putsch gemordeten Freiheitskämpfer

„Unser aller Präsident heißt Wilhelm Pieck“ — Arbeitereinheit, das Rückgrat der nationalen Front

Hamm. (EB) „Der Tag ist nicht mehr fern, wo die staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik sich über ganz Deutschland erstrecken wird“, erklärte Max Reimann auf einer Massenkundgebung in Pelkum bei Hamm. Hier demonstrierten am Ostersonntag mehr als 5000 Friedenskämpfer an der Gedenkstätte, die für die im Kampf gegen die Kapp-Putschisten im März 1920 ermordeten Freiheitskämpfer errichtet worden ist.

In der Demonstration marschierten Hunderte alte Ruhrkumpels, die am siegreichen Kampf gegen die Kapp-Putschisten teilgenommen hatten und mit ihnen, unter ihren blauen Friedenswimpeln, die Gruppen der Freien Deutschen Jugend, der Jugend, die den im März 1920 begonnenen Kampf der deutschen Arbeiterklasse für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland erfolgreich zu Ende führen wird.

Die Rede Max Reimanns, über die wir noch besonders berichten, war nicht nur ein flammender Appell an alle Deutschen zur Stärkung der Nationalen Front und der Weltfriedensbewegung, sondern gleichzeitig eine eindringliche Mahnung an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, die historischen Lehren der Kapp-Kämpfe zu beherzigen und ihrer rechten Führerschaft die Gefolgschaft zu versagen, da diese die Politik der Spaltung unterstützt und durch ihre Haltung alle volksfeindlichen Kräfte begünstigt, die Westdeutschland zur Aufmarschbasis eines dritten Weltkrieges machen wollen.

Einig sind wir unbesiegt
„Es ist unbestreitbar“, so rief Max Reimann unter der stürmischen Zustimmung der Massen aus, „daß die Revolte der Kapp-Rebellen unter den Schlägen der geeinten Arbeiterklasse kläglich zusammengebrochen ist. Wäre entsprechend den Forderungen der Werktätigen das Flasko der Kapp-Rebellen zur Niederlage der gesamten Reaktion, die hinter Kapp stand, gemacht worden, dann hätte es keinen Hitlerfaschismus, keinen zweiten Weltkrieg und nicht dieses große nationale Unglück gegeben, in dem wir uns heute befinden.“

Max Reimann stellte fest, daß ein Teil der deutschen Sozialdemokratie mit Otto Grotewohl an der Spitze die Lehren aus der Ver-

Wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht in Kraft

Jahrelanger und erbitterter Kampf der Arbeiterschaft führte zum Erfolg

Mannheim. Die Außerkraftsetzung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes in Württemberg-Baden und Hessen, die der frühere Militärgouverneur General Clay verfügte, ist nun durch den amerikanischen Hohen Kommissar Mc Cloy aufgehoben worden. Damit sind die bisher suspendierten Artikel des württembergisch-badischen Betriebsrätegesetzes Paragraph 20 bis 24 und 29 rechtswirksam geworden.

Ein Zustand ist eingetreten, um den die Arbeiterschaft seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen die Unternehmer, gegen die Länderregierungen und die Besatzungsmacht führte. Es gilt nun, die den Belegschaften und Betriebsräten gegebenen Rechte sofort in Anspruch zu nehmen.

Der Betriebsrat hat in den Betrieben Württemberg-Badens nach dem Betriebsrätegesetz die Pflicht zur Stellungnahme bei 1. Aenderung des bestehenden Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen; 2. Aufstellung des Fabrikationsprogramms; 3. grundlegende Umstellung der Produktion; 4. Einführung neuer Fabrikations- und Arbeitsmethoden; 5. Betriebsbeschränkungen und Betriebsstillegungen; 6. Verlegung von Betriebsstellen; 7. Zusammenschluß mit anderen Betrieben; 8. Kalkulations- und Preisgestaltung; 9. Produktions- und Absatzregelung. (§ 20 d. BRG.) Der Betriebsrat kann verlangen, daß ihn

der Unternehmer über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgänge unterrichtet und ihm Einblick in die entsprechenden Unterlagen gewährt. Der Unternehmer ist verpflichtet, dem Betriebsrat mindestens einmal vierteljährlich Bericht zu erstatten über die Wirtschaftslage und den Gang des Betriebes im allgemeinen, über etwaige wirtschaftliche Pläne, vorgesehene Betriebsumstellungen und etwa vorhandene Betriebschwierigkeiten. Spätestens 6 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres ist dem Betriebsrat eine Betriebsbilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung nebst allen er-

forderlichen Unterlagen und Erläuterungen vorzulegen. (§ 23).

Ein oder zwei Betriebsratsmitglieder werden bei Bestehen eines Aufsichtsrates in diesen entsandt. Solange nicht eine besondere gesetzliche Regelung darüber ergangen ist, erfolgt die Entsendung durch Betriebsvereinbarung. Die entsandten Vertreter des Betriebsrates haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme. Aufsichtsratsitzungen ohne Vertretung des Betriebsrates sind unzulässig. (§ 24)

Rechte müssen geltend gemacht werden!
Die Gewerkschaften und Betriebsräte haben die Aufgabe, sofort zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Daß für die Unternehmer im praktischen Falle mit dem Rechtswirksamwerden der bisher suspendierten Artikel des Betriebsrätegesetzes noch nichts geändert ist, liegt auf der Hand. Rechte müssen geltend gemacht werden.

Den Betriebsräten ist eine Waffe in die Hand gegeben, deren Gebrauch in einer Reihe von Fragen unmittelbare Notwendigkeit ist. Die Voraussetzungen in der Festsetzung der Akkordpreise sind andere geworden. Die Einsicht in die Kalkulation und die Preisgestaltung gibt dem Betriebsrat in dem täglichen Kampf um die Akkordfestsetzung viel bessere Möglichkeiten, als sie bisher bestanden. Das gleiche gilt für den Kampf gegen Entlassungen und Betriebsbeschränkungen.

15 Prozent Lohnerhöhung können bezahlt werden

In den Lohnkämpfen ist dem Betriebsrat gegenüber der Belegschaft eine größer gewordene Verpflichtung auferlegt. Wir nehmen als Beispiel den jetzt in der Metall-Industrie Württemberg-Baden stehenden Lohnkampf. Die Gewerkschaften haben die Forderung auf eine 15 prozentige Lohnerhöhung erhoben. Den Betriebsräten ist es an Hand der konkreten Unterlagen, in diese heute Einsicht haben, möglich, nachzuweisen, daß diese Lohnerhöhung für den Unternehmer tragbar ist. Die Unternehmer und Unternehmerorganisationen dürfen es nicht mehr leicht haben, der Arbeiterschaft einen blauen Dunst vorzumachen, um mit ihren reaktionären Absichten durchzukommen. (xx)

Wie ein verendetes Tier verscharrt

In Pilgrimsreuth wurde ein Flüchtling ohne Sarg, kaum mit Erde bedeckt, „bestattet“

Hof. (EB) Auf dem Gemeindefriedhof in Pilgrimsreuth erschien eine vom Kreisrat in Kemnat entsandte Delegation, um eine eigenartige Mission durchzuführen. Im Januar hatte sich der 1895 in Ungarn geborene Flüchtling Johann Weber aus Gram über sein Elend erhängt. Flüchtlinge behaupteten nun, er sei auf dem Gemeindefriedhof in Pilgrimsreuth ohne Sarg, wie ein Stück verendetes Vieh verscharrt worden. Die erscheinende Kommission sollte den Fall prüfen.

Die Flüchtlinge hatten nicht zu viel behauptet. Kaum daß die Erde entfernt wurde, und man hatte die Bestätigung der Ungeheuerlichkeit. In 27 Zentimeter Tiefe stieß man bereits auf den Fuß des Toten. Beim Einscharren hatte man sich keine sonderliche Mühe gegeben. In einer Tiefe von einem halben Meter lag ohne Sarg dieser Flüchtlingstote.

Unter der zahlreichen Flüchtlingsbevölkerung breitete sich bei Bekanntwerden dieses Skandals begrifflicher Weise eine große Empörung aus.

Die Flüchtlinge sollen sich an Hand dieses Falles aber auch einiges überlegen. Zur politischen Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die Länder des Ostens sind sie allen

Parteien in Westdeutschland recht. Als Neubürger, die ein Recht auf Leben fordern, nicht. Als Totem wird, wie in diesem Falle, einem armen Flüchtling sogar der Sarg und eine anständige Beerdigung verweigert. Wir gehen nicht fehl, anzunehmen, daß der verantwortliche Bürgermeister und Gemeindevater von Pilgrimsreuth für sich in Anspruch nehmen, im höchsten Grade christlich zu sein. Mit Lippenbekenntnissen ist man im allgemeinen und insbesondere gegenüber den Flüchtlingen schnell bei der Hand, aber ihre Taten?

351 Heimkehrer in Friedland eingetroffen

Göttingen. Ein neuer Transport mit 351 Heimkehrern aus der Sowjetunion ist am Ostermontag im Lager Friedland eingetroffen. Damit sind über Ostern rund 500 Kriegsgefangene nach Westdeutschland zurückgekehrt.

Unter den Kriegsgefangenen ist wieder

eine große Anzahl, die in der Sowjetunion zu Strafen verurteilt gewesen sind.

Ihr Gesundheitszustand ist zur Verwunderung der bürgerlichen Presse sehr gut. Da dieser Punkt der üblichen Hetze zwangsläufig entfallen muß, gibt man als Begründung an, daß es diesen Kriegsgefangenen als „Kriegsverbrechern“ ja besser gegangen wäre, als „normalen“ Kriegsgefangenen. Um Hetze betreiben zu können, werden die unmöglichsten Gliederverrenkungen gemacht.

Unerhörtes Urteil gegen Gewerkschaftler in den USA

San Francisco. Weil er verschwiegene hatte, in der Vergangenheit in Australien der Kommunistischen Partei angehört zu haben, wurde der Vorsitzende der CIO-Hafenarbeiter-Gewerkschaft, Harry Bridges, unter die Anklage des Meineids und der Verschwörung gestellt. Er wurde deshalb zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. (n. Reuter)

Am 1. Mai heraus zur Demonstration!

Es lebe der 1. Mai, der internationale Kampftag für den Frieden!

Als vor 60 Jahren die Arbeiter sich dazu bereit machten, zum ersten Male den 1. Mai als Kampftag zu begehen für die Forderungen, die der Internationale Arbeiter-Kongress in Paris im Jahre davor aufgestellt hatte, da war der mächtige Militärstaat der preußischen Junker und der Schwerkapitalisten von Ruhr und Rhein in Furcht und Schrecken versetzt. Derselbe Wilhelm II., der später bei einer Rekrutenvereidigung erklärte:

„Ihr müßt auf Vater und Mutter schießen, wenn ich Euch dies befehle“.

hielt an jenem 1. Mai in den Kasernen Militär bereit, um es gegen demonstrierende Arbeiter einzusetzen. 1890, das war das Jahr, in dem das Sozialistengesetz erlosch, mit dessen Hilfe zwölf Jahre lang gegen die sozialistische Arbeiterbewegung gewütet worden war.

Wilhelm II. Kaiserreich ist in der Versenkung verschwunden. Eine vergrößerte Neuauflage, Hitlers drittes Reich, ist ihm gefolgt. Aber im Westen von Berlin haben die imperialistischen Mächte Amerika, Frankreich und Großbritannien eines ihrer Hauptquartiere aufgeschlagen. Sie sind heute in Berlin die Repräsentanten der abendländischen Kultur, wie es an derselben Stelle vor 60 Jahren Wilhelm II. war. Sie gehen weiter als Wilhelm II. es tat. Sie begnügen sich nicht damit, ihre Truppen in den Kasernen bereit zu halten. So veranstalteten sie am vergangenen Mittwoch eine Alarmübung „gegen kommunistische Maidemonstranten“ von denen angenommen war, sie seien aus dem „Sowjet-Sektor“ in Westberlin „eingedrungen“. Wie die großen Vorbilder, an denen in Berlin kein Mangel ist, „siegen“ sie natürlich. Allerdings nur „in der Theorie“, wie ein hoher alliierter Offizier erklärte.

Die Übung aber war nicht allein Theorie. Sie war ein Stück der Vorbereitung auf den Krieg, wie die große Kon-

ferenz der Generalstäbe und der Verteidigungsminister der Atlantikpakt-Mächte in Den Haag eines — ein größeres — war. In den Berichten über diese Konferenz war offen ausgesprochen, daß es gegen die Sowjetunion gehe. Es geht auch gegen die volkdemokratischen Länder und gegen die Deutsche Demokratische Republik, ja gegen unser ganzes deutsches Volk.

In der „New York Times“ war obendrein kürzlich offen ausgesprochen, daß es sich für die imperialistischen Mächte darum handelt, die Sowjetunion zu besiegen.

Noch niemals seit der Einstellung der Kriegshandlungen in Deutschland war die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Krieges so groß wie gegenwärtig.

Aber auch die Friedenskräfte in aller Welt sind heute stärker als sie jemals vormem waren. Aus dem einen und aus dem anderen Grunde hat die Losung: „Es lebe der 1. Mai — der internationale Kampftag für den Frieden!“ für uns in Deutschland und besonders für uns in Westdeutschland eine größere Bedeutung denn je zuvor.

Der Kampf für den Frieden ist ein Stück des nationalen Befreiungskampfes, den unser Volk führen muß in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Ein Schritt der Massenmobilisierung zum Kampf gegen die Kriegstreiber an Rhein und an der Seine, an der Themse und am Hudson ist die Unterschriftensammlung für die Achtung der Atombombe und für den Frieden.

Der 9. April, der Ostersonntag ist erster Einzelnungstag. Durch ein Massenaufgebot an Friedenskämpfern, die mit der Unterschrift ihrer Namen zum Kampfe gegen die Kriegstreiber sich bekennen, muß ein großer Beitrag dazu geleistet werden, daß nicht neue Trümmer zu denen sich fügen, die heute unsere Städte noch bedecken, sondern, daß aus Ruinen unser Volk wirklich aufstehe!

Im Streiflicht gesehen

Oster-Unfälle in den USA

New York. Mindestens 253 Personen kamen in den Vereinigten Staaten durch Unfälle während der Osterstage um. Die Zahl der Verkehrstote belief sich auf 187. Die übrigen verloren durch Feuer, Sturz, Ertrinken und ähnliche Ursachen das Leben. (Nach Reuter)

Aus dem Zug gefallen

Limoges. Der sieben Jahre alte, italienische Knabe Mogotti Jerega, der im Bordeaux-Genf-Express am Sonntagabend die Toilette aufsuchen wollte, erwischte die falsche Tür und fiel aus dem fahrenden Zuge. Der Junge, der von einem Schrankenwärter aufgefunden wurde, hatte nur leichte Verletzungen davongetragen. (Nach Reuter)

Sechs Pockentote in Schottland

Glasgow. Die Zahl der Todesopfer der Pockenepidemie in Glasgow stieg am Ostersonntag auf sechs. Wieder ist eine Krankenschwester der Seuche erlegen. Damit sind bereits vier Angestellte des Krankenhauses, in dem vor zwei Wochen der erste Pockenfall entdeckt wurde, der Seuche zum Opfer gefallen. Ueber die Osterfesttage wurden keine weiteren Pockenfälle in die Isolierstation eingeliefert. Die Gesundheitsbehörde dieser zweitgrößten Stadt Großbritanniens betonte jedoch, die Gefahr sei noch nicht vorüber. Vor

den Impfstellen Glasgows spenden am Ostersonntag bei strömendem Regen Tausende Schlange, um sich gegen Pocken impfen zu lassen. (Nach Reuter)

London eine Stunde ohne Licht

London. Große Teile von Ost-London waren am Montag eine Stunde lang in Dunkel gehüllt. Die Straßenbahnen standen still, und die Elektrogeräte in den Krankenhäusern konnten nicht benutzt werden. Die Ursache: Zwei Vögel hatten sich im Umschalter eines Elektrizitätswerkes ein Nest gebaut und dadurch einen Kurzschluß hervorgerufen. (Nach Reuter)

Einsturz tötet sieben Arbeiter

Tokio. Sieben Arbeiter wurden am Ostermontag in Tokio getötet, als die Mauer eines Neubaus einstürzte. Acht weitere Arbeiter wurden verletzt. (Nach Reuter)

Eisenbahnunglück auf den Philippinen

Manila. Bei einem Eisenbahnunglück in der philippinischen Provinz Samar kamen am Ostersonntag vierzehn Personen ums Leben. Achtzehn weitere wurden schwer verletzt. Sie fuhren als blinde Passagiere in einem Güterzug mit der Eisenbahn geladen hatte. Der Zug entgleiste, wobei die Unglücklichen von dem herabstürzenden Eisenberg ergraben wurden. (Nach alp und Inst)

(Fortsetzung von Seite 1)
dela muß, um durch das Schaffen konkreter Tatsachen den Bundestag vor eine unaußweichliche Entscheidung zu stellen. Wer den Versuch macht, bestehende Rechte wieder umzustürzen, soll mit Kampf rechnen müssen!

Als der Württembergisch-Badische Landtag bei der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes die in ihm enthaltenen Zugeständnisse auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes machte, haben die bürgerlichen Vertreter, die ihre Stimme dafür gaben, dies nicht aus Wohlwollen zur Arbeiterschaft, aus einer Einsicht in eine wirtschaftliche Notwendigkeit getan, sondern nur deshalb, weil für sie an der Kampflosigkeit der Belegschaften in jener Zeit kein Zweifel war, oder weil sie darauf spekulierten, daß das Veto der Militärregierung ihnen die Bloßstellung als Reaktionsäre ersparen wird.

Die Verwirklichung dessen, was das jetzt geltende Betriebsrätegesetz einräumt, muß unverzüglich Gegenstand der Behandlung in Gewerkschaftsversammlungen, in Vertrauensmännerversammlungen und Belegschaftsversammlungen der Betriebe sein. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeiterschaft festhält, was sie errungen hat. Der Kampf um die Realisierung des Mitbestimmungsrechtes ist in ein entscheidendes Stadium getreten!

Kriegshetze ohne Schminke

Ganz kalt und berechnend wird in der größten amerikanischen Zeitung, der 'New York Times' vom 2. 4. 1950 die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands erneut aufgeworfen. Einer der Deutschlandkorrespondenten dieses Blattes, Drew Middleton, ist sich klar darüber, daß diese Frage ein heißes Eisen ist und

„einen Faktor darstellt, der die kommunistischen Parteien oder auch irgendwelche 'neutrale' Parteien in den Ländern des Westens, besonders in Frankreich stärken könnte.“

Es wäre ein Fehler, schreibt er an einer anderen Stelle, wenn die Amerikaner, Briten oder Franzosen (er meint damit die Kriegstreiber in diesen Ländern, d. Red.) glauben würden,

„daß die Wiederaufrüstung Deutschlands, bis zu welchem Grad sie auch erfolgen mag, dem Franzosen, welcher politischer Auffassung er auch sein mag, leicht schmackhaft gemacht werden kann, oder daß eine solche Entwicklung nicht äußerst geschickt von der französischen kommunistischen Partei benutzt würde, um innerhalb der französischen Streitkräfte Unzufriedenheit hervorzurufen.“

Klarer, als dies bisher anderswo zum Ausdruck kam, stellt Middleton „unter den gegenwärtigen Umständen“ folgende Frage: „Würden die militärischen Vorteile der Wiederaufrüstung Deutschlands — einer teilweisen oder gänzlichen, einer industriellen oder militärischen — die politischen Nachteile aufwiegen, die den Westmächten und besonders den USA daraus erwachsen würden?“

Er bleibt uns auch die Antwort nicht schuldig. Sie lautet:

„Wenn die Planer der Westmächte (die Völker werden also nicht gefragt, d. Red.) davon überzeugt sind, daß die Sowjetunion durch politische Maßnahmen ohne Krieg besiegt werden kann, dann sollte offensichtlich ihre Hauptanstrengung darauf gerichtet werden, die Völker Westeuropas in einem politischen Bündnis gegen den Kommunismus zu einigen. Wenn die Führer des Westens andererseits davon überzeugt sind, daß der Krieg unvermeidlich ist und sich dazu entschlossen haben, dann gibt es für sie nur noch einen Kurs, die Wiederaufrüstung Deutschlands den Franzosen und den übrigen Völkern Westeuropas abzukaufen (soll, Sperren von Ubersetzern)“.

Wenn überhaupt noch ein Zweifel daran bestehen könnte, daß der Atlantikpakt aggressive Ziele verfolgt und daß es den Kriegstreibern, wie Middleton in der größten amerikanischen Zeitung wörtlich schreibt, darauf ankommt, die Sowjetunion zu besiegen, dann muß ihn dieser Artikel beseitigen. Wir können Mr. Middleton für seine offene Sprache nur dankbar sein. Jetzt wissen wir Bescheid. Die Remilitarisierung Westdeutschlands soll der letzte Schritt sein, der dem Angriff auf die Sowjetunion unmittelbar vorangehen soll. Die deutsche Jugend soll, wenn es nach dem Willen von Mr. Middleton geht, mit leichten Waffen in die vordersten Frontstellungen getrieben werden. Dieser Schritt soll durch die Aufnahme der Adenauer-Regierung in die „westeuropäische Union“ vorbereitet werden. Mit der Organisation einer Massenarbeitslosigkeit ist schon begonnen worden, um die deutsche Jugend zunächst für die Rekrutierung zum Arbeitsdienst und zur Fremdenlegion reif zu machen. Dies ist der Plan der Kriegstreiber, ganz nackt und ungeschminkt.

Mr. Middleton hat bei seinen sonst so genauen Berechnungen nur einen Faktor vergessen: Das deutsche Volk, die deutsche Jugend. Ist es jetzt nicht höchste Zeit, daß sich das ganze deutsche Volk für den Frieden entscheidet? Ist es nicht höchste Zeit, daß es erkennt, daß die Kriegshysterie und Antisowjethetze, die ihm in den Zeitungen und Rundfunkstationen serviert werden, die dieselben Geldgeber haben wie die 'New York Times' des Mr. Middleton, nur zu dem einen Zweck in Szene gesetzt werden, um es den Kriegstreibern ans Messer zu liefern? Ist es nicht höchste Zeit, daß auch die Bevölkerung Westdeutschlands erkennt, daß sie in den Völkern der Sowjetunion, Chinas und der Volksdemokratien ihre stärksten Stützen besitzt, die ihr bei der Sicherung des Friedens helfen? Ist es nicht höchste Zeit, daß die Bevölkerung Westdeutschlands erkennt, daß sie in dem friedlichen Aufbau, der in der Deutschen Demokratischen Republik vor sich geht, eine riesige Hilfe besitzt, um das Joch der Kriegstreiber abzuschütteln, um sich mit dem vom Imperialismus befreiten Gebiet der Republik zusammenzuschließen und um die einige, unabhängige, gesamtdeutsche demokratische Republik als ein starkes Glied in der Weltfriedensfront einzureihen? Ist es nicht höchste Zeit, daß sich auch die westdeutsche Bevölkerung ein Beispiel nimmt am aktiven

Albert Buchmann:

Ein Schritt zur Besinnung

Neuaufgabe des Planes „M“, diesmal gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund

Im SPD-Pressedienst vom 3. April 1950 wird unter der Überschrift „Verantwortungslose Sensationsmache“ gegen eine gemeine Verdächtigung und falsche Berichterstattung der bürgerlichen Presse Stellung genommen. Um was handelt es sich? Eine Hamburger Pressekorrespondenz schrieb u. a., es soll ein „Exekutivrat des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ beschlossen haben, „eine Organisation von Arbeitern für den Fall von Straßenkämpfen ins Leben zu rufen“. Von einem „Hauptquartier an der Ruhr“, von „Maßnahmen zur Selbstverteidigung“, von einem „gut zentralisierten, taktischen Verteidigungsverband“, ist die Rede, den der DGB gegebenenfalls aufzuziehen vorhaben.

Der SPD-Pressedienst fährt fort, „eigentlich fehlt jetzt nur noch ein Gesetz“, zum „Schutze der Verfassung“, das die Möglichkeit gibt, im Verein mit reaktionären Richtern zur Verteidigung der Demokratie aufzurufen. Dann wäre für willfährige Bundesorgane, falls sie den Bericht dieser Korrespondenz für bare Münze nehmen, das Stichwort zum Eingreifen gegen die Gewerkschaften gegeben.“

Hier ist es zum wiederholten Male an der Zeit, den Gewerkschaften und der SPD mit aller Deutlichkeit einige Tatsachen immer wieder ins Gedächtnis zu rufen: Hat die rechte SPD-Führung nicht eben dem Bundestag ein Gesetz vorgeschlagen, das die „Demokratie“ in Westdeutschland sichern soll. Werden sich nicht genügend reaktionäre Richter gemeinsam mit willfährigen Bundesorganen bereithalten, solch ein Gesetz gegen die Gewerkschaften, gegen die KPD und SPD anzuwenden?

Haben wir nicht die verbrecherische Anwendung des Republiksschutzgesetzes der Weimarer Zeit gegen links erlebt? Genügen nicht die verhängnisvollen Erfahrungen vor

1933; ist es schon vergessen, daß der blutige Terror des Nationalsozialismus zuerst gegen die KPD, dann gegen die SPD und dann gegen die fortschrittlichen bürgerlichen Kreise zur Anwendung kam?

Aber es ist eine weitere sehr ernste Ueberlegung notwendig. Der SPD-Pressedienst schreibt weiter:

„FDP zu den Beschlüssen des DGB. Der Vorstand des Landesverbandes der FDP Niedersachsen, hat in seiner Sitzung am Samstag zu den in der Presse veröffentlichten Versuchen des Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Erklärung abgegeben:

„Die Beschlüsse des Exekutivrates des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vorbereitende Maßnahmen für Straßenkämpfe zu treffen, stellen von Seiten der radikalen Marxisten das erste Signal zum Bürgerkrieg dar. Unter den fadenscheinigsten, der Ostzonen-Propaganda entnommenen Vorwänden werden Terrormaßnahmen gegen Städte und Ge-

meinden, wie die Unterbrechung der Wasser- und Brotversorgung angekündigt, was als erste Etappe zu gewaltsamen Umsturzwendungen gewertet werden muß. Die FDP fordert daher die Bundesregierung auf, sofort scharfte Maßnahmen gegen solche rechts- oder linksradikale Elemente zu ergreifen, die versuchen, als Saal- oder Selbstschutz getarnte Bürgerkriegsverbände aufzustellen.“

Wir fragen die SPD-Führung und die Führung des DGB: Ist das nicht eine verblüffende Neuaufgabe jenes berühmten Dokuments „M“, das seinerzeit vom PV der SPD gegen die KPD begründet und wochenlang einen sensationellen Stoff der gesamten Presse, des Rundfunks und der Versammlungen abgab. Später wurde dieses provokatorische Dokument „M“ als eine plumpe Fälschung entlarvt.

Sind das nicht dieselben verbrecherischen Methoden, wie sie von Dr. Schumacher gegenüber dem Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin angewandt werden? Worin unterscheiden sich die Methoden der FDP gegen den DGB von denen der Diffamierung und Verdächtigung demokratischer, antifaschistischer Kräfte, die für die Einheit Deutschlands kämpfen, durch die rechte SPD-Führung?

Den Anlaß zu dieser Hetze gegen den DGB gab die Stellungnahme des DGB Anfang März gegen die reaktionären Umtriebe. Diese Stellungnahme erfolgte nicht, ohne daß Blockler zugleich und mit einer merkbaren Schärfe eine Kampfansage gegen diejenigen Gewerkschaftler machte, die als Mitglieder der KPD angehören. Aber das hat dem Bundesvorstand nichts genützt, wie es auch 1933 den rechten Gewerkschaftsführern nichts genützt hat, daß sie kommunistische Arbeiter aus den Gewerkschaften ausgeschlossen hatten. Wenn der Versuch, die aktivsten Mitglieder, die Kommunisten, aus den Gewerkschaften auszuschließen, und diesedadurch zu spalten, gelingen würde, dann würde das die Gewerkschaften als Kampfinstrument gegenüber jedem reaktionären Anschlag unfähig machen.

Darum müssen die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre, und die Gewerkschaftsmitglieder, den Weg zur Besinnung beschreiten. Es gibt schon mehr als genug Nazirichter in der Justiz und Nazipolitiker in der Bundesverwaltung; es gibt übergenug freigesprochene Nazi- und SS-Generale und Gestapobeamter. Wenn die Arbeiterbewegung von dieser Entwicklung nicht wieder wie 1933 überrannt werden will, dann müssen sich die Sozialdemokraten und Kommunisten, die Christlichen und parteilosen Gewerkschaftsmitglieder im gemeinsamen Kampf, in der Aktionseinheit zusammenfinden. Im gemeinsamen Kampf gegen die doppelte Ausbeutung durch ausländische und deutsche Monopolherren, im Kampf um Lohn, um Arbeitsplatz und Mitbestimmung, im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, insbesondere um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, um ein unabhängiges Deutschland und um den Frieden erstet die einzige Möglichkeit, um die reaktionären Provokationen und die Provokateure selbst in die Schranken zu weisen.

Friedenskongress in den USA

New York. (EB) Mehr als 250 namhafte amerikanische Persönlichkeiten, unter ihnen Erzieher, Wissenschaftler, Gewerkschaftler, Schriftsteller und Geistliche, veröffentlichten einen Appell an das amerikanische Volk zur Durchführung eines Friedenskongresses, der am 29. Mai 1950 in Chicago stattfinden soll.

Auch in Pakistan

Karachi. (EB) Die fortschrittlichen Schriftsteller Pakistans haben alle friedliebenden Kräfte des Landes, Arbeiter, Bauern und Studenten, zur Teilnahme an dem ersten Kongreß der Friedensfreunde Pakistans aufgerufen. Der Kongreß findet am 13. und 14. April 1950 in Okara im West-Punjab statt.

Erscheinen des Todesschiffes verursacht Streik

Toulon. (EB) Das Erscheinen des französischen Flugzeugträgers „Dixmuid“ mit amerikanischem Kriegsmaterial an Bord im Hafen von Toulon hat unter den Werktätigen der Stadt helle Empörung ausgelöst. Trotz des Aufgebots starker Polizeikräfte fanden große Protestkundgebungen statt. Die Hafenarbeiter beschlossen, sofort in den Streik zu treten.

Aus dem Tagebuch des britischen Militärgerichts

- Hannover. (E. B.) Der Verfolgungsfeldzug gegen deutsche Patrioten hat für die britischen Militärgerichte eine Menge Arbeit erforderlich gemacht. Ein Blick in den Terminkalender beweist, daß sich die Gerichte in den letzten Wochen fast ausschließlich mit Verhandlungen gegen Arbeiterfunktionäre und fortschrittliche Redakteure befaßten:
6. März: Verhandlung im Demontagestop-Prozeß;
14. März: Urteil gegen Volksstimme, Volksdruck, Holländer und Sterzenbach;
16. März: Haftprüfungstermin gegen 7 verhaftete Friedenskämpfer;
18. März: Verhandlung gegen Rob. Lehmann;
22. März: Urteilspruch gegen die 7 Friedenskämpfer;
23. März: Verhandlung gegen Robert Lehmann (Freispruch);
24. März: Haftprüfungstermin Ludwig Landwehr;
28. März: Verhandlung gegen Ludwig Landwehr;
4. April: Haftprüfungstermin gegen Ernst Nagel;
5. April: Verhandlung gegen Ludwig Landwehr;
12. April: Verhandlung gegen Ernst Nagel;
21. April: Revisionsverhandlung Holländer und Sterzenbach in Herford.
Wir fordern: Schluß mit der Verfolgung deutscher Patrioten.

Schulkinder als Propagandisten

Die ersten Kinder von Watenstedt-Salzgitter von ihrem vierwöchigen Kuraufenthalt aus der DDR zurückgekehrt

Wenn Ihnen in Watenstedt-Salzgitter gutgekleidete Kinder von arbeitslosen ehemaligen Reichswerke-Arbeitern begegnen, dann denken Sie daran: Das sind Propagandisten! Propagandisten für die Deutsche Demokratische Republik nämlich.

„Für beste Verpflegung ist gesorgt“, heißt es in den Telegrammen an das „Zentralkomitee für die Solidaritätsaktion“. Bis jetzt sind Erholungsplätze bereits für 3620 Kinder arbeitslos aus dem Demontagegebiet zur Verfügung gestellt worden. Ueber 600 Kinder wollen bereits im Harz und im Thüringer Wald.

Die ersten Kinder sind von ihrem vierwöchigen Kuraufenthalt in der DDR zurückgekehrt in das Arbeitsloseneck des Bonner Separatstaates. Zurückgekehrt sind diese

Wir wollen Frieden, Freiheit und Recht Daß niemand sei des andern Knecht!

„Schulkinder als Propagandisten“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in der Überschrift ihres Berichtes vom 1. April 1950 behauptet. Der Arbeitsdirektor der Hüttenwerke schreibt da in einem Brief an den Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisenhüttenwerke, Direktor Harten, daß „die Kinder in der Sowjetzone gut eingekleidet“ wurden.

Natürlich ist das nach Ansicht westdeutscher Experten ein reiner Propagandatrick. Denn in Adenauers Separatstaat hat es weder Arbeit noch gut gekleidete Kinder von Arbeitslosen zu geben; — hier wird demontiert, gepregelt, gehungert und das letzte Kleidungsstück bis zur Unansehnlichkeit geflickt. Aber wörtlich die Herren in Bonn und von

der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ besonders empört sind, ist:

„Die Sowjetzone gehe jetzt auch dazu über, Lehrstellen für die Schulentlassenen aus dem Salzgittergebiet anzubieten.“

Was wird denn da aus Adenauers „deutschen Kontingent in einer europäischen Armee“? Ohne Arbeitslose kann kein Soldat herbeigeführt werden.

Und der Bonner Arbeitsminister Storch muß es als einen direkten Angriff auf seine Person ansehen, wenn ihm ein Teil seiner Arbeitslosenarmee — sogar der Teil, der gar nicht registriert ist — genommen wird.

Was aber noch beunruhigender ist für die Bonner Separatisten, stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fest:

„In den Schulen in Watenstedt hätten sie (die zurückgekehrten Kinder d. Red.) ihren Lehrern bereits vorgeschlagen, die in der Sowjetzone gelerntem Lieder mit der ganzen Klasse einzustudieren. Außerdem veranlaßten sie ihre Schulkameraden diese Lieder zu singen.“

Da wird es aber höchste Zeit, daß sich wieder ein Schumacher findet, der gegen diese Kinder allierte Panzer zu Hilfe ruft, wie gegen das Deutschlandtreffen der Jugend. Denn man bedenke, welche Gefahr es für die Kolonialherren und ihre Agenten in Westdeutschland bedeutet, wenn deutsche Kinder singen: „Glück und Frieden sei beschieden, Deutschland unserem Vaterland. Alle Welt sehnt sich nach Frieden, Reicht den Völkern eure Hand. Wenn wir brüderlich uns einen, — Schlagen wir des Volkes Feind. Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn

Wie leicht kann solche Friedensliebe die Eltern und Verwandten anstecken. So sichtbar und spürbar wie die Lieder des Friedens

beweist.“

Wo deutsche Kultur gepflegt wird

Westdeutschland und Westberlin tanzen Samba und Rapa. Pakt uns ihr Rhythmus, dann werden die Menschen gleich massenhaft weich in den Knien.“ weiß der „Telegraf“ aus dem westlichen „Kulturparadies“ zu berichten. „Die Not der Jungärzte schreit bei uns bereits zum Himmel“, sagte der Psychiater Professor Villinger von der Universität Marburg.

Der Rektor der Hochschule für bildende Kunst in München teilt mit, daß nur bei 18 von 400 Studenten das Studium finanziell gesichert sei, die Hälfte der Studenten ausschließlich von der Schulpfandung leben und, um ihr Studium bezahlen zu können, sich als Kindermädchen, Taxigirls und Gepäckträger verdienen.

Von den 280 Bühnen, die vor der Währungsreform im Bundesgebiet bestanden, sind noch 140 vorhanden, so charakterisierte der Direktor des Deutschen Bühnenvereins in der „Westfälischen Post“ vom 8. Februar 1950 den Bankrott der westdeutschen Theater.

20 000 stellunglose Kunstschaffende hat die Gewerkschaft registriert; in Nordrhein-Westfalen ist jeder vierte von ihnen arbeitslos.

Der Vorsitzende des Bundesausschusses für Filmwesen, Dr. Vogel, erklärte, es sei zu befürchten, daß den deutschen Theatern in absehbarer Zeit nur ausländische Streifen zur Verfügung stehen würden. Man müßte verhindern, daß die deutschen Ateliers von ausländischen Firmen übernommen werden. Es blüht eine fremdartige „Kultur“ in Westdeutschland.

„Die Schaufenster blühen, es rollt das gepumpte Geld, die Zeitungen gähnen, die Flüchtlinge frieren, die Mordziffer steigt und die Schwätzer schwätzen dahin“, sagt sogar die amerikanische „Neue Zeitung“ vom 15. 2. 1950, obwohl doch dieser Kulturstand eines marshallisierten Landes durchaus „normal“ ist.

Das Fundament der deutschen Nationalkultur ist aber nicht vernichtet. Am 118. Todestag Goethes wurde die erste Kultur-

verordnung der DDR verkündet. Für Westdeutschland ist sie ein Bollwerk gegen Kulturzerfall und nationale Entwurzelung. Auf ihrer Grundlage sollen die Kulturgüter zum Besitz des ganzen Volkes werden. Die Regierung der DDR ist von diesem Grundsatz ausgegangen — wie nie bisher in der deutschen Geschichte eine Regierung —, daß der Erfolg deutscher Kultur abhängig ist, daß der engen Bündnis und der schöpferischen Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern und der Intelligenz.

Der Kulturplan ist nicht am grünen Tisch gemacht, sondern im engsten Erfahrungsaustausch entstanden mit denen, für deren Wohl und Nutzen er bestimmt ist. Seine Aufgaben bleiben nicht auf dem Papier steinern, sondern sind erfüllbar, weil sie materiell gesichert sind. Riesensummen werden für Bestand, Pflege und Weiterentwicklung der deutschen Nationalkultur zur Verfügung gestellt.

Für Zwecke der Volksbildung wurden für das Rechnungsjahr 1950 über 1,3 Milliarden DM bewilligt. (1925 wurden 447 Millionen RM und 1935 510 Millionen RM ausgeworfen). Für den Ausbau der Universitäten und Hochschulen stehen 25 Millionen DM bereit. Für wissenschaftliche Forschung und Ausbau von neuen Instituten wurden 50 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Für die deutsche Akademie der Wissenschaften, deren 280-jähriges Bestehen am 11. Juli 1950 zu einer Nationalfeier gestaltet wird, sind allein für Bauvorhaben und wissenschaftliche Anschaffungen 5 Millionen DM bewilligt, dem Verlag der Akademie stehen weitere 240 000 DM zur Verfügung. Für die sachlichen und personellen Aufgaben der Deutschen Akademie der Künste stehen 2 Millionen DM bereit; die steuerfreien Zuwendungen für Mitglieder der Akademie belaufen sich auf 10 000 DM jährlich. Für Anwärter des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses wurden Stipendien von monatlich 400 DM, für begabte Studenten der höheren Semester Sonderstipendien von 300 DM festgelegt. Für die Durchführung des musikwissenschaftlichen Kongresses im Rahmen des Bach-Jahres stehen über 1,1 Millionen DM bereit. Für den Bau von Kulturhäusern in den Volkseigenen Betrieben und für Einrichtung von Kulturräumen Büchereien und Leserräumen stehen neben den von den Betrieben aufzubringenden Mitteln fast 8 Millionen DM bereit. Für den Bau von Kulturhäusern, Vortragsräumen, Kinoeinrichtungen, Bibliotheken und Lesestuben auf dem Lande — die Schwerpunkte der kulturellen Arbeit liegen hier in den MAS und Volkseigenen Gütern — sind 8,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden.

All diese großen Mittel können bereit gestellt werden, durch den zähen Fleiß der Aktivisten in Stadt und Land, die in schöpferischer Zusammenarbeit mit den besten Vertretern der fortschrittlichen Intelligenz eine vorrätige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes herbeiführten und damit die-

ser Kulturverordnung das breite materielle Fundament geben. Diese Aktivisten haben aber für das ganze deutsche Volk, für das einheitliche Deutschland ihre Leistungen vollbracht. Sie haben die Grundlage geschaffen, auf der eine wahre, edle Kultur der deutschen Nation wachsen kann.

Die Kräfte des deutschen werktätigen Volkes konnten nur entfaltet werden und die Trümmer des geschlagenen imperialistischen Deutschlands überwinden unter Führung der demokratischen Regierung der DDR mit ihrem Arbeiterpräsidenten Wilhelm Pieck an der Spitze. Diese wahre Volksregierung redet nicht von „abendländischer Kultur“, wie die Millionärsregierung in Bonn, stürzt nicht die werktätige Bevölkerung in die Abhängigkeit einer kolonialen kulturlosen Barbarei, verurteilt sie nicht zur Verelendung in Arbeitslosigkeit und führt sie nicht unter das Joch imperialistischer Kriegsgewinnler.

Die Regierung der DDR handelt im Interesse der ganzen deutschen Nation, gestützt auf wahre Völkerverständigung und -Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratien und der mächtigen Hütern des Friedens, der sozialistischen Sowjetunion.

Pressestimmen

Bao Dai — eine Marionette

Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Bao-Dai-Lösung wahrscheinlich überhaupt keine Lösung ist, wie ein französischer Beamter diesem Korrespondenten gegenüber kürzlich bemerkte. Die Regierung Bao Dai ist weit davon entfernt, eine unabhängige Regierung zu sein, da sie noch immer in wichtiger militärischer, wirtschaftlicher und politischer Beziehung unter französischer Kontrolle steht. Sie wird von den Franzosen und von den antifranzösischen Vietnamesen als unwirksam betrachtet. Ihre Unwirksamkeit ist teilweise darauf zurückzuführen, daß sie neu ist, sie wurde gerade erst beinahe aus dem Nichts heraus geschaffen. Aber sie ist teilweise auch auf ihre Unfähigkeit zurückzuführen, gute Menschen heranzuziehen. Sie genießt wenig Volksunterstützung und die meisten guten vietnamesischen Führer bleiben hier fern mit der Begründung, daß sie eine Marionette ist und daß der Ruf eines jeden, der sich mit ihr verbindet, schlecht wird. (New York Herald Tribune)

Aufnahme Westdeutschlands in den Europarat — eine Provokation

Man kann sich fragen, ob es nicht verfrüht ist, die Bonner Republik dem Europarat beitreten zu lassen. Ihre Anwesenheit in Straßburg kann die Verhandlungen im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands, die nach Meinung des Blattes zwischen den vier Großmächten geführt werden soll, d. Red.) nur stören. Der Atlantikpakt, so wie er heute besteht, sichert unsere Verteidigung nicht sehr wirksam. Er kann überdies Deutschland automatisch von Beginn der Feindseligkeiten an in das gegnerische Lager bringen. Es gibt nur zwei Mittel, um dies zu verhindern. Wenn man das von Herrn Churchill vorgeschlagene nicht will, dann bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, dieses Deutschland außerhalb des Konfliktes zu halten und auf eine Politik der Neutralität hinzuzielen, die außerordentlich viele Konsequenzen in sich birgt und für alle eine Wohltat sein könnte, wenn sie sich auf alle Völker Mitteleuropas — von der Nordsee bis zur Adria — erstreckt und dann vielleicht auch Westeuropä einäschert. (Le Monde, Paris)

Nur noch ein kleiner Schritt bis zum Präventivkrieg

Nicht unerwarteterweise hat die Bonner Regierung keine Zeit dabei verloren, den wachsenden Wunsch der Regierungen Westeuropas und der USA, sich einen neuen Verbündeten gegen den Osten zu sichern, für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Churchills neuerdings wiederholte Forderung nach einer deutschen Armee macht die Bonner Regierung bei ihren Absichten nur verstärken. . . .

Mr. Bevin zeigte in seiner Antwort auf die Churchill-Rede, daß er sich den wahrscheinlichen Folgen dieser Lage allem Anschein nach bewußt ist. Doch bot seine Rede, die sich in großen Teilen eher wie die des Oppositionsführers gegenüber dem Außenminister Churchill liest, keine Zeichen einer kräftigeren und unabhängigen britischen Politik in Deutschland. Nachdem er es in den letzten 5 Jahren versäumt hat, irgendeine fühlbare Aenderung in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der britischen Zone vorzunehmen, hat er allem Anschein nach die „Bundesrepublik“ als einen achtbaren Partner, wenn nicht gar als einen Verbündeten akzeptiert. . . .

Die westliche Union wird sich in diesem Fall mit aller Sicherheit und rasch zu einer Koalition rechtsgerichteter Fanatiker entwickeln. Schon hat de Gaulle dieser zukünftigen Koalition seinen eigenen Segen gegeben und er erhielt dafür den Segen von Herrn Churchill. Von hier aus bis zur Doktrin des Präventivkrieges ist es nur noch ein kleiner Schritt.

„New Statesman and Nation“, London.

STREIFLICHTER AUS USA

Kleine Bilanz des „Kalten Krieges“

Für die Herren von der Wallstreet und die Großverdiener an den Waffenlieferungen, den Flugzeugen, den Atombomben und anderem Vernichtungsmaterial ist die Bilanz des kalten Krieges einfach. Sie brauchen nur ihre steigenden Dividenden seit 1947 mit denen aus dem Jahr 1946 und noch mehr aus den Vorkriegsjahren zu vergleichen, um mit Befriedigung einmal mehr feststellen zu können, daß der kalte Krieg ein gutes Geschäft für sie ist. Anders ist die Bilanz, die die Millionen der Werktätigen aus den letzten drei Jahren ziehen müssen. Sie brauchen nur den Bericht des Statistischen Amtes in Washington anzufordern, um in Dollar und Cents nachrechnen zu können, was sie aus dem kalten Krieg gezogen haben. Nach der statistischen Aufstellung ergeben die Ausgaben für den kalten Krieg eine Belastung von 1925 Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Aber diese 1925 Dollar Sonderausgaben sind zusätzlich zu den 1050 Dollar zu zahlen, die jede amerikanische Familie in der Periode von 1947 bis 1950 an Steuern zu entrichten hat für „normale“ militärische Ausgaben.

Selbstverständlich stellen sich die Arbeiter oft die Frage: Wohin gehen diese vielen Milliarden? Die Antwort ist für sie nicht immer leicht zu finden. Sie ist vergraben in den Börsenberichten der Zeitungen und in einer verlausulierten Form, die es für den Uneingeweihten nicht leicht macht, sich ein Urteil zu bilden. Auch in dem politischen Teil der amerikanischen Tagespresse finden sie kaum etwas von der Tatsache, daß die großen amerikanischen Trusts die wahren Nutznießer des kalten Krieges sind, ebenso wie sie die Profiteure des zweiten Weltkrieges waren, der ihnen eine runde Summe von 55 Milliarden Dollar eingebracht hat. Im Jahre 1947, dem ersten Jahr der Entfaltung des kalten Krieges, waren die Profiteure der führenden Trusts um 44 Prozent höher als im Jahr 1946. Die drei folgenden Jahre brachten den amerikanischen Trusts mehr als 94 Milliarden Dollar Reingewinne ein. Für den armen

Lohnempfänger drückt sich diese gewaltige Summe darin aus, daß in diesen Jahren 40 Prozent der Bevölkerung ihre kleinen Spargelder aufzehren mußten, um die verteuerte Lebenshaltung bestreiten zu können. Der Marshallplan, den die Monopolkapitalisten als eine geniale Lösung der drohenden Arbeitslosigkeit ausposaunten, hat sich als ein schwerer Fehlschlag erwiesen. Dieser Zwangsplan konnte nicht das beängstigende Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten verhindern, im Gegenteil, er verschlimmerte die wirtschaftliche Lage im internationalen Rahmen, indem er die Arbeitslosigkeit in die europäischen Länder exportierte. Auch hier sind die statistischen Zahlen sehr aufschlußreich.

Die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern setzte um die Mitte des vorigen Jahres ein und in wenigen Monaten war die amerikanische Ausfuhr, die der Marshallplan in die Höhe bringen sollte, verglichen mit der Ziffer vom Dezember 1947, um 22 Prozent gefallen. Die Arbeitsstellen, die direkt oder indirekt vom Export abhängig sind, verringerten sich innerhalb 2 Jahren von 4,8 auf 2,9 Millionen. Das bedeutet nahezu 2 Millionen zusätzliche Arbeitslose. Das Embargo des kalten Krieges und die Abdrosselung des Handels mit der UdSSR und den Volksdemokratien sowie mit China bedeuten einen Verlust von etwa 3 Millionen Arbeitsstellen.

Eine andere Auswirkung des verbrecherischen Aufrüstens der Vereinigten Staaten und aller Länder des aggressiven Atlantikpakt, der die westeuropäischen Völker ins Schlepptau der amerikanischen Raubpolitik brachte, war die ständige Erhöhung der Steuern in Amerika und die Preissteigerung für Lebensmittel und Konsumgüter. Während die Profiteure der Trusts in der Periode von 1945 bis 1948 um 130 Prozent in die Höhe gingen fielen die Reallöhne der Arbeiter um 15 Prozent. Mit ihrem Budget von mehr als 42 Milliarden Dollar hat die

Truman-Regierung nicht mehr für Sozialversicherung und allgemeine Wohlfahrt ausgegeben, als Roosevelt mit einem Budget von 9 Milliarden Dollar im Jahre 1939. Selbst im Jahr 1948, dem Jahr der Hochkonjunktur des kalten Krieges, verdienten nahezu die Hälfte aller amerikanischen Familien weniger als das von der Regierung festgelegte Existenzminimum. Und sie büßten, wie vorhin erwähnt, zu einem großen Teil ihre Spargroschen ein, so daß sie heute, bei der akuten Arbeitslosigkeit, völlig mittellos dastehen und von den Bettelstuppen der Wohlfahrtsämter vegetieren müssen.

Das ist die vorläufige kleine Bilanz des kalten Krieges in zweifacher Ausfertigung. Solange die Truman-Regierung und die hinter ihr stehenden monopolkapitalistischen Kreise darauf bestehen, ihre sinnlose Kriegshetze und ihre ungeheure Aufrüstung fortzusetzen, solange besteht die Gefahr einer dauernden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die notwendigerweise zu einem völligen Zusammenbruch führen muß. Aber die akuten Streikämpfe in den Vereinigten Staaten, die bereits viele Hunderttausende erfaßt haben, zeigen, daß die amerikanische Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich von einer Handvoll skrupelloser Großbankiers und Händler des Todes in den Abgrund treiben zu lassen. FGA.



Der Würgegriff des Dollars

Wie Hollywood an der Sowjethetze verdient

Antisowjethetze ist nicht nur ein Mittel der ideologischen Kriegsvorbereitung, sondern dient außerdem noch zur Steigerung des Profits. Wie dies bei der Filmindustrie gemacht wird, darüber berichtet die amerikanische Zeitung „Action“ wie folgt:

„Vergangene Woche wurden die friedlichen Einwohner der kleinen Stadt Middletown im Staate Massachusetts in Aufregung versetzt durch ein riesiges Aufgebot an uniformierten Polizisten auf Motorrädern und Geheimagenten, die auf dem Bahnhof auf den 15 Uhr 15 Minuten enttreffenden Zug warteten.“

Handelte es sich um einen Gangster, einen Spion oder gar um einen der mysteriösen fliegenden Teller? Die Erkundigungen ergaben, daß es sich nur um einen (kommunistischen) Handstreicher auf die Kopie des letzten Films der Firma Republic, „Die Rote Gefahr“ handelte, dessen Premiere am selben Abend im Roxi-Theater in der Main Street stattfinden sollte. Ab 18 Uhr bewachte die Amerikanische Legion (und ihr Orchester) das Kino in das, umrahmt von Massen, die Honorationen der Stadt, die von ihren Professoren begleiteten Schulkinder und die Studenten der Nachbaruniversität hineinströmten. Am nächsten Morgen, einem Sonntag, widmeten der Pastor der evangelischen und der Pfarrer der katholischen Kirche ihre Predigten von der Kanzel der „Roten Gefahr“ und beschworen die Gläubigen von Middletown, sich den Film anzusehen, dessen „Amerikanismus“ und patriotische Tugenden die lokale Presse bereits groß anpries. Seine Produzenten, sagte man, haben ihn „hinter verschlossenen Türen“ und in Filmateliers gemacht, die strenger bewacht waren, als die Atomwerke in Los Alamos es sind. „Die Rote Gefahr“, mit gänzlich Unbekanntem gedreht (kein Star wollte in ihm mitspielen), ist ein Melodrama, das in nichts das Aufgebot der Polizei, Priester und Legionären rechtfertigt, die ihn umgeben, wo immer er in den Städten der USA gezeigt wird. Man sieht darin ein junges Mädchen, das, durch Auflehnung gegen seine Eltern in die Reihen der Kommunistischen Partei getrieben, einen läppischen Bengel verführt. Der aufreizende Busen des Mädchens verführen diesen dazu, einen armen, enttäuschten Poeten vorzuschwindeln, der durch die Offenbarung der amerikanischen Lebensweise angeekelt ist von den bolschewistischen Verbrechen, die seine Kameraden in der Kommunistischen Partei ihn zwingen, jeden Sonnabend Abend zu begehen. Schlecht inszeniert, schlecht gespielt, schlecht fotografiert ist „Die Rote Gefahr“ ein Film, der nur wenig blöder ist als der Durchschnitt der B-Filme, die jede Woche in Hollywood hergestellt werden. Aber das Geheimnis der Sensation, die er hervorruft, liegt in der Geschicklichkeit, mit der ein findiger Reklameagent ihn lancierte. Einige Wochen vor der Vorführung erhielten die Direktoren der Theater, an die er verliehen wurde, eine Geheimbrochüre, in der ihnen die zu treffenden Maßnahmen aufge-

zeigt wurden, um den Erfolg des Films zu sichern. „Wenn Sie mit der örtlichen Polizei auf gutem Fuß stehen“, liest man in dieser Brochüre, „so arrangieren Sie, daß zwei Polizeianten Sie begleiten, wenn Sie die Kopie des Films vom Bahnhof abholen, und tragen Sie die Kassetten mit den Filmrollen mit der großen Aufschrift „Rote Gefahr“ nach oben. Erklären Sie, daß die Anwesenheit der Agenten notwendig ist, weil „umstürzlerische Elemente“ sich der Vorführung dieses ereignisreichen Filmes widersetzen. Benachrichtigen Sie vorher die Lokalpresse, damit Sie Ihnen Photographien schicken. Wenn Sie sich keine Polizeianten beschaffen können, genügen zwei als Privatdetektive verkleidete Männer.“ Die Direktoren der Filmtheater sollen sich außerdem an den Bürgermeister ihrer Stadt wenden, um eine „Loyalitäts-Tag-Parade“ anlässlich der Premiere des Films zu organisieren mit Umzug, Fanfaren, Fahnen, Ansprachen in den Schulen, Brief-Wettbewerben unter den Schulkindern über das Thema „Was bedeutet der Amerikanismus für mich“, Radio- und Fernsehprogrammen usw. Die Filmfirma Republic liefert außerdem an die Theaterdirektoren Muster von Predigten, die der „Roten Gefahr“ gewidmet sind. Sie wurden besonders für Pfarrer, Pastoren und Rabbiner ausgearbeitet und sollen ihnen mit einem Begleitschreiben zugesandt werden: „Sehr geehrter Herr Pastor (Pfarrer,

Rabbiner), Ihre Kirche (Tempel, Synagoge) ist ein geheiligtes Stück unserer amerikanischen Lebensweise. Wir brauchen Sie nicht erst zu informieren über die Existenz des roten Komplotts, das droht, die Fundamente aller Dinge zu untergraben, die uns teuer sind...“

Der Direktor der nationalen Amerikanismus-Kommission der Amerikanischen Legion hat den Produzenten ein Telegramm geschickt: „Sie haben die volle Unterstützung der Legion“. Indem es der amerikanischen Kriegspsychose dient, dient Hollywood gleichzeitig seinen Aktionären. Der Krieg bringt den Kanonfabrikanten gewaltige Profite. Die Filmproduzenten wollen natürlich, daß der kalte Krieg auch für sie Profite abwirft.“

So weit der Bericht der Zeitung. Nach den letzten Nachrichten scheint sich allerdings eine gesunde Reaktion einzustellen: Das amerikanische Volk geht nicht mit. Das konstatiert — mit nicht geringer Verwunderung — die amerikanische Theaterzeitschrift „Variety“. „Man wird“, kündigt sie an, „den Titel des Films ändern. Man wird mehrere Titel ausprobieren, von denen nicht einer das Wort Kommunist enthalten wird.“ Diese Zeitschrift meldet auch, daß die beiden antisowjetischen Filme „Der Eisenerne Vorhang“ und „Die Rote Gefahr“ ein finanzieller Mißerfolg waren.

Sklaverei und Zwangsarbeit

Anfang März hat die Internationale Liga für Menschenrechte dem Komitee der Vereinten Nationen, das mit der Untersuchung der Frage der Sklaverei beauftragt ist, ein Memorandum über die Zwangsarbeit in den USA überreicht. Nach diesem Dokument gibt es heute noch folgende Arten der Zwangsarbeit in den Vereinigten Staaten:

1. die illegale Peonage (Frondienst) ist die Verpflichtung eines zahlungsunfähigen Schuldners, eine bestimmte Zeit lang für seinen Gläubiger zu arbeiten. Diese Art der Sklaverei besteht noch auf den Baumwollplantagen in den Südstaaten der USA und in den Waldnutzungsgebieten in Florida und Georgia.
2. die im Ausland unterzeichneten Arbeits-

kontrakte und die rücksichtslose Ausbeutung der Eingewanderten, hauptsächlich von Mexikanern im Südosten und westindischen Staatsangehörigen in Florida und Connecticut. Hier kann man jetzt auch noch die aus Deutschland importierten DP's (verschleppte Personen) hinzuzählen.

3. die Arbeit der Gefangenen, hauptsächlich in den Gefängnisbetrieben der Südstaaten.
4. die Ausbeutung der Geisteskranken in den überbelegten Krankenhäusern.
5. die Ausbeutung einiger bestimmter Indianerstämme.
6. durch Gerichtsurteil auf Grund des Taft-Hartley-Gesetzes erzwungene Arbeit.“



Die Kultur des Imperialismus

Park Avenue

Die Park Avenue ist die Straße der reichen Leute von New York. Nicht, daß es den Armen verboten wäre, dort eine Wohnung zu beziehen. Die bourgeoise Demokratie in ihrer vielgepriesenen Gleichheit gestattet — frei nach Anatole France — den Reichen wie den Armen nicht nur, unter den Brückenbögen zu schlafen, sondern sie gestattet ihnen auch, in der Park Avenue zu wohnen. Die Schwierigkeit für den Armen besteht lediglich in der Höhe der Mietpreise. Sie belaufen sich in der Park Avenue im Durchschnitt auf etwa 12 000—20 000 Dollar im Jahr, d. h. nur für die kleineren Wohnungen von 8 bis 10 Zimmern. Eine 20-Zimmer-Wohnung kostet pro Jahr 24 000 bis 36 000 Dollar Miete.

Der bekannte amerikanische Volkswirtschaftler Stuard Chase zitiert in der Wochenzeitung „Die Neue Republik“ ein Budget, das durch die Park-Avenue-Vereinigung aufgestellt wurde. Es handelt sich um eine statistische Ermittlung über die Lebenshaltung der rund 4000 Familien, die die Park Avenue bewohnen. Nach den Feststellungen des Komitees haben diese 4000 Familien zusammengerechnet ein Ausgabebudget von 280 Millionen Dollar pro Jahr. Das heißt, jede Familie verausgabt durchschnittlich 70 000 Dollar pro Jahr für reine Haushaltskosten. Interessant ist die Aufteilung in die verschiedenen Ausgabekategorien. Für Kleider verausgabt jede Frau durchschnittlich 21 000 Dollar, während die Männer sich mit 4500 Dollar pro Jahr begnügen. Die Kosten für Lebensmittel für jede Familie belaufen sich auf 8000 Dollar. Die Ausgaben für Juwelen betragen 5000 Dollar pro Familie. Für Reisen, Automobile und Getränke werden durchschnittlich je 15 Millionen Dollar aus-

gegeben, d. h. jede Familie zahlt etwa 12 000 Dollar pro Jahr für Reisen, Autos und Getränke.

Der Rest teilt sich auf in Ausgaben für Luxusjachten, für Schönheitssalons, für Theater und sonstige Vergnügungen. Für „Wohltätigkeit“ verausgabt jede Familie etwa 1200 Dollar pro Jahr.

Soweit der statistische Bericht über die Lebenshaltung der reichen Leute von New York, die in der Park Avenue wohnen.

Typisch für die klaffenden Gegensätze im kapitalistischen System ist die Tatsache, daß die Straße der reichsten Leute auch die Straße der ärmsten Leute von New York ist. Die Park Avenue als Luxusstraße beginnt an der 43. Straße und endet mit der 96. Straße. Schon die 97. Straße zeigt ein deutlich verändertes Bild. Der breite, mit Bäumen bepflanzte, rasenbedeckte Mittelweg ist plötzlich verschwunden. Dafür erscheinen jetzt kleine, ungepflegte, zum Teil zerfallene Mietshäuser. Man sieht Kolonialwarengeschäfte, Gemüseläden, chinesische Wäschereien und kleine Handwerkerbuden. Im Gegensatz zur hochgelegenen, menschenleeren Park Avenue sind diese Straßen von dem Lärm vieler Kinder der armen spanischen Familien, die hier wohnen, erfüllt. Das spanische Viertel endet an der 116. Straße. Hier beginnt Harlem, das Viertel der Neger. Die Armut wird von Straße zu Straße häßlicher und penetranter. Die Neger, für die nur die niedrigsten Arbeiten reserviert sind, verdienen durchschnittlich etwa 25 Dollar wöchentlich. Sie zählen zu den acht Millionen Familien, die nach der Ermittlung eines Kongreßausschusses zur Untersuchung der Lage der Minderbemittelten durchschnittlich weniger als 1000 Dol-

lar pro Jahr verdienen. Durch diese Hungerlöhne sind auch bei kinderreichen Familien — und das sind sie fast alle — Mann und Frau gezwungen, zu arbeiten, um das Allernötigste zum Leben zu verdienen. Die Kinder wachsen, sich selbst überlassen, auf der Straße auf. Es gibt weder Parks noch Spielplätze in dem Negerviertel, in dem etwa 600 000 Menschen wohnen. Harlem ist nach einer statistischen Berechnung der am dichtesten bevölkerte Stadtteil der Welt. Jahr für Jahr kämpft hier die Bevölkerung für bessere Straßenreinigung und regelmäßige Abholung der großen Müllkübel vor den Häusern, die Ratten, Mäuse und Ungeziefer anziehen. Von der 149. Straße an ist die ehemals imposante Park Avenue eine verkrüppelte, überlebensgroße Vorstadtstraße mit kleinen Siedlungshäusern, Holzbaracken, Schrebergärten und dergleichen. Hier, jenseits des Flusses Harlem, beginnt der Stadtteil Bronx. An Vormittagen sieht man in diesen Straßen des Blends und des Lasters Hunderte von Negerfrauen, junge und alte, mit einem Bündel in der Hand an den Straßenecken stehen. Es ist der sogenannte freie Stellenmarkt, wo sich die Ärmsten der Armen stundenweise an arme Kleinbürgerfrauen vermieten. Die Stundenlöhne rangieren zwischen 25 und 40 Cent. Das sind Hungerlöhne, aber auch in New York können nicht alle Neger eine reguläre niedrige Arbeit erhalten. So ist die Park Avenue ein wahres Symbol der kapitalistischen „Demokratie“, wo 4000 Familien durchschnittlich je 70 000 Dollar pro Jahr für Haushaltskosten verausgaben, während Hunderttausende trotz harter Arbeit kaum das nackte Leben fristen können.

Kleiner Bilderbogen

In dem amerikanischen Staat Delaware wurde eine junge Frau wegen Hexerei verhaftet. Das Gesetz, auf Grund dessen die Verhaftung erfolgte, stammt noch aus der Zeit vor der amerikanischen Revolution 1776. Die „Hexerei“ bestand im Handlinlesen. Einige „Kunden“, die den Rat der „Hexe“ zwar in Anspruch genommen, die Ausgabe von 10 Dollar aber gescheut hatten, haben sie nun unter Berufung auf das alte Gesetz verklagt.

Die General Electric Company bezeichnete das Jahr 1949 als das profitreichste Jahr in 58 Jahren seit ihrer Gründung. Das Rekord-Nettoeinkommen betrug 125 639 051 Dollar.



Die Amerikaner behaupten, den Krieg nur deshalb geführt zu haben, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker wieder herzustellen.

Präsident Truman ehrte kürzlich zwei Neger, die 41 Jahre lang im Weißen Haus gearbeitet hatten. Truman ließ John Mays (78 Jahre alt) und Samuel Jackson (74 Jahre alt) in sein Büro rufen und überreichte jedem eine Dollarnote mit seiner Unterschrift. Der amerikanische Landwirtschaftsminister Charles Brannan hat erklärt, daß der Konsum an Milch pro Kopf der amerikanischen Bevölkerung nicht weit von dem Tiefstand der Krise von 1929 entfernt sei. In einer Ansprache auf dem Kongreß der Farmer-Gewerkschaft sagte Brannan gleichfalls, daß die Regierung ein großes Quantum von Eiern, die sie in Kellern aufbewahrt, zurückhält. „Wir müssen Eier zu einem annehmbaren Preis auf dem Markt anbieten oder den amerikanischen Farmern sagen daß keine mehr produziert werden sollen“, schloß Brannan.

Die Richfield Oil Corporation hatte im letzten Jahr, nach Abzug aller Lasten Steuern und Reserven ein Nettoeinkommen von 20 434 990 Dollar, verglichen mit einem Betrag von 16 751 475 Dollar im Jahre 1948.

Im Weißen Haus in Washington wurde ein neuer Wagen abgeliefert, ein Lincoln-Ford, der besonders bequem für Präsident Truman gebaut wurde. Es ist nicht der technisch vollkommenste, aber bestimmt der teuerste Personenwagen der Welt. Die Inneneinrichtungen sind vergoldet, ebenso

das Feuerzeug und der Aschenbecher sowie die Türgriffe und die Trittbretter. Eine besondere Einrichtung erlaubt es dem Präsidenten, sich mit jedem zu unterhalten, der auf dem Vordersitz sitzt. Der Wagen ist außerdem mit Spezialtrittbrettern versehen, auf denen die zum Schutz des Präsidenten mitfahrenden Detektive stehen können.

In den Vereinigten Staaten hat sich die Zahl der Verbrechen gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent erhöht. Im letzten Jahr wurden 1 763 290 Verbrechen registriert. Nach Angabe des Direktors des Justizdepartements ist dies der höchste Stand nach dem Krieg für Mord, Totschlag, Diebstahl, Entführung, Raub und andere schwere Verbrechen.

Diebstahl stand im letzten Jahr mit 1 024 520 Fällen an der Spitze der größeren Verbrechen. Es wurden 409 400 Einbrüche, 163 140 Kraftfahrzeugdiebstähle, 78 880 schwere Angriffe und 59 120 Raube verübt. Die Verhafteten sind hauptsächlich junge Männer und Frauen.

Eine hohe Persönlichkeit im USA-Kriegsministerium hat erklärt: „Wenn die Kriegsgefahr wirklich so groß und die Sowjetunion so mächtig ist, wie General Eisenhower dies geschildert hat, so werden Präsident Truman, Kriegsminister Johnson und General Bradley vom Kongreß 40 bis 50 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke verlangen anstatt der im Budget vorgesehenen 13 Milliarden Dollar.“

Die Amerikanerin Frances L. Cloyd, die als vorbildliche Gattin und Mutter den Titel „Mrs. Amerika“ trägt, hat Scheidungsklage eingereicht, da sie ihre Pflichten als Mutter ihren drei Kindern gegenüber nicht mit denen, die ihr ihr Titel auferlegt, vereinbaren kann.

Nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Tomorrow“ haben sich zwei Gesellschaften, die optische Geräte herstellen, 5000 Aerzte gekauft, die gewissenlos genug sind, jedem Patienten, ganz gleich, ob seine Sehfähigkeit das erfordert oder nicht, ein Rezept für eine Brille auszusprechen. Der Gewinn aus dem Verkauf der Brillen wird dann „ehrlich“ geteilt.

Der Amerikaner Dr. Roman Gans von der New York University hat erklärt, daß Lehrer und Eltern, die die Kinder zwingen wollen, im Sommer zu lernen oder zu studieren, ins Gefängnis gesperrt werden sollten.

Wir werden beweisen,

daß das deutsche Volk sich ebenso wenig wie das französische und italienische Volk für die Kriegspläne der ausländischen Imperialisten und ihrer deutschen Handlanger mißbrauchen läßt.

Bei der Unterschriftensammlung für den Frieden

vom 9. April bis 30. April 1950.

Keine Almosen, sondern Arbeit

Der Erwerbslosenausschuß der Stadt Freiburg hat eine einmalige Osterbeihilfe in Höhe von 10 DM gefordert, die noch vor Ostern an die Erwerbslosen zur Auszahlung gelangen sollte. Es wurde deshalb beschlossen, die Angelegenheit dem ehemaligen Vorsitzenden des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften vorzutragen, um diesem die Forderung der Erwerbslosen in seiner Eigenschaft als Stadtrat zu übermitteln, damit er beim Oberbürgermeister Dr. Hoffmann diese Forderung der Erwerbslosen zum Ausdruck bringe. Dem Spar- und Finanzausschuß der Stadt Freiburg wurden diese Forderungen durch Stadtrat Kappes vorgelegt und dieser befürwortete die Auszahlung, welche am Donnerstag, dem 6. April, vorgenommen wurde.

Der Erwerbslosenausschuß sieht darin selbstverständlich keine gerechte Lösung, sondern vielmehr seine Aufgabe darin, von diesem Almosenspenden abzukommen und an dessen Stelle um Vollbeschäftigung oder Erhöhung der Unterstützung erneut den Kampf einzuleiten.

Der Erwerbslosenausschuß wird darum am Donnerstag, dem 13. April, die Erwerbslosen zu einer Versammlung einberufen, um diese Fragen mit den Erwerbslosen gemeinsam zu besprechen und zugleich eine Neuwahl des Ausschusses vorzunehmen, der sich in Zukunft nur aus Gewerkschaftern zusammensetzen wird, damit der Kampf um die oben genannten Forderungen von allen werktätigen gemeinsam geführt wird.

Zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen

Wählt auf der Grundlage betrieblicher Programme Eure Betriebsräte

Lörrach. Beispiele aus den Lörracher Textilbetrieben zeigen, daß die Notwendigkeit den neu zu wählenden Betriebsräten klare und erfüllbare Aufgaben zu stellen, noch immer nicht von den Werktätigen begriffen wurden, so daß persönliche Differenzen und Sympathien die Neuwahlen teilweise beherrschen. Die Betriebsratswahlen können aber nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn wirklich die besten Gewerkschaftler in die Betriebsvertretung gewählt werden, die bereit sind, die Forderungen ihrer Kollegen im Betrieb gegenüber dem Unternehmer durchzusetzen und angesichts der sich anbahnenden Krisenerscheinungen, nun auch in der süd-badischen Textilindustrie, nicht zuzulassen, daß die Unternehmer ihre Schwierigkeiten auf die Werktätigen abwälzen. Im übrigen kamen gerade im Zusammenhang mit den Betriebsversammlungen zahlreiche Mißstände in den Betrieben des Wiesentals zum Ausdruck, so daß es für die Betriebsräte und Gewerkschaften mehr als genug Probleme gibt, deren Lösung im Interesse der Arbeiter und Angestellten dringend erforderlich ist. Der nachfolgende Bericht aus einer Betriebsversammlung der KBC Lörrach zeigt, wie eine Betriebsversammlung nicht sein sollte. Im folgenden werden wir dann einige Punkte herausgreifen, die unserem Berichterstatter während seines Aufenthalts in Wiesental besonders aufgefallen sind.

Keine Diskussion zum Rechenschaftsbericht

Die IG Textil Lörrach übergibt der Presse folgenden Bericht aus einer Betriebsversammlung der KBC Lörrach:

„Zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen fand am Donnerstag, den 6. April 1950, in der Fa. KBC Lörrach eine Betriebsversammlung statt. Betriebsratsvorsitzender Kollege Schatz gab zu Beginn den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Betriebsrats in der abgelaufenen Wahlperiode. Er konnte berichten, daß es dem Betriebsrat in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft gelungen ist, neben der Schichtzulage, dem bezahlten Hausfrauentag, der Bezahlung der Karenzzeit im Krankheitsfall und der Differenzbezahlung zwischen Krankengeld und Lohn aus Lohnerrhöhungen von 3 bis 15 Pfennig durchzusetzen. Insgesamt betragen die Aufwendungen des Betriebs für soziale Zwecke über 400 000 DM.“

Nach dem Rechenschaftsbericht, dem keine Diskussion folgte, wurden die Vorschläge für die kommenden Betriebsratswahlen von selten der Belegschaft vorgebracht. Dann sprach ein Mitglied des Landesjugendausschusses über die Frage des Jugendurlaubs. Dabei führte er aus, daß die relativ hohen Aufwendungen für soziale Zwecke nicht zufällig sind, sondern dem guten Verdienst des Betriebes im vergangenen Jahre und dem Vorstoß des Betriebsrates zuzuschreiben sind. Es sei deshalb Aufgabe des kommenden Betriebsrats, zu verhindern, daß die wachsenden Schwierigkeiten der Textilindustrie auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten abgewälzt würden. Deshalb erhält der Versuch der Unternehmer, das Urlaubsrecht der Jugend zu beschneiden, seine besondere Bedeutung. Mit dem Angiff auf den 24-Tage-Urlaub beginnen die Unternehmer bereits, ihre finanziellen Sorgen den Werktätigen in den Betrieben aufzuladen, so daß es darauf an-

Soll die Murg 5 Monat trocken liegen

Rastatt. Wie wir erfahren, hat die Interessengemeinschaft der Nutznießer des Oberndorfer Gewerbekanals, zu denen u. a. die Firma Minhardt, Kuppenheim, und die Stadtwerke in Rastatt (Elektrizitätswerk) gehören, an das Landratsamt in Rastatt eine Eingabe gerichtet, mit dem Ersuchen, das Wehr in Oberndorf um 30 Zentimeter zu erhöhen, damit der Wasserverbrauch der einzelnen Werke gesteigert werden könne. Ueber die Folgen dieser Erhöhung des Wehres müßten sich eigentlich die dem Zweckverband angeschlossenen Firmen im klaren sein. Doch haben ja solche Leute es nicht nötig, auf die Allgemeinheit Rücksicht zu nehmen. Wenn nur der eigene Vorteil gesichert ist. Diese Maßnahme in Oberndorf hätte unweigerlich eine weitere Trockenlegung des Murgbettes in der warmen Jahreszeit zur Folge, d. h., daß man trockenen Fußes von Kuppenheim bis an den Rhein im Murgbett laufen könnte, daß ferner dem Müse- und Rattenunwesen erneut freie Bahn gelassen wäre. Die Rastatter Einwohner wissen vom letzten Sommer her ein Liedlein davon zu singen. Wir hätten über etwa 150 Tage keinen Tropfen Wasser im Fluß. Die hygienischen Folgen wären nicht abzusehen. Wir hoffen, daß das Landratsamt bzw. die Kreisverwaltung die Gesichtspunkte der Bevölkerung berücksichtigt und ein solches Ansinnen des Zweckverbandes, anders kann man diese „Eingabe“ nicht nennen, von vornherein ablehnt. B.Ra.

Die Jugend klagt an!

Blumberger Jugendliche flüchten in die Fremdenlegion

Blumberg (Baden). (Volkskorr.) Wer kennt nicht die vielen Zeitungsnotizen, welche über die bittere Not der Bergarbeiterstadt Blumberg im Lauf der letzten zwei Jahre berichteten? Die kurzzeitige Politik einer Willkürregierung hat das heutige Elend in Blumberg heraufbeschworen, das in den letzten zwei Jahren sich immer mehr zur Katastrophe entwickelt hat. Man könnte Blumberg als eine Miniaturausgabe der Katastrophe von Watenstedt-Salzgitter bezeichnen. Not und soziales Elend, bedingt durch die Arbeitslosigkeit, die ja nicht von ungefähr kommt, sondern als Folgeerscheinung einer vollständig verfahrenen Wirtschaftspolitik bezeichnet werden muß, geben dem täglichen Leben in Blumberg das Gepräge. Menschen ohne Zukunft! Menschen ohne Hoffnung! Was Wunder, wenn die Jugend durch solch verzweifelte Lage zu verzweifeltten Mitteln greift.

Fünf Jugendliche und ein junger, verheirateter Mann gingen auf die Suche nach den Fleischtöpfen Ägyptens, da Blumberg gegenwärtig, wie gesagt, die sieben mageren Hoffnungslosigkeit und der Ungewißheit, ein Ende findet, haben sie beschlossen, jene Gefilde aufzusuchen, wo man augenblicklich an den sieben fetten Jahren ist. Ohne Abschied zogen sie von dannen. Was würden sie schon von den Trugschlüssen des Lebens,

die sollten es noch früh genug gewahr werden. Jeder hatte nur einige Pfennige Reise-geld, kein Wunder, denn in der glorreichen Gegenwart dürfen arbeitslose Jugendliche „unentgeltlich stempeln“, d. h. sie dürfen wohl stempeln und solange sie arbeiten, dürfen sie Sozialabgaben bezahlen, aber wenn sie arbeitslos sind, dann bekommen sie nichts. So erging es auch diesen Jugendlichen. Ihre Väter sind ebenfalls bei der Konkursmasse des westdeutschen Arbeitsmarktes und leben deshalb selbst in großer Not. Wer kann als Arbeitsloser dem arbeitslosen Sohn noch ein kleines Taschengeld geben? Niemand! Was aber hat die Jugend in den letzten zehn Jahren alles durchgemacht? Es ist erschütternd, wenn man die fortwährend im Ansteigen begriffene Kurve der Vergehen und Verbrechen Jugendlicher betrachtet! Wenn man die Blumberger „Auswanderer“ auch nicht unter diese Sorte zu rechnen braucht, so ist doch letzten Endes in den meisten Fällen Not, Arbeitslosigkeit oder sonstige wirtschaftliche Not die Wurzel allen Übels! Die jungen Burschen wollten irgendwo hin, egal wo, Hauptsache, sie hätten Arbeit und endlich ein Leben ohne das bekannte Sargengespenst „Not“! In ihrer Angst, daß man sie wieder zurückbefördern würde, wenn sie keine Arbeit finden würden, reifte in ihnen der Plan, sich nach Frankreich zu verpflichten. Aber da kamen sie irgendwo zu einem Menschen, der selbst

in Frankreich arbeitete und ihnen entschieden von diesem Vorhaben abriet. Eine ganze Nacht wurde daraufhin Kriegsrat gehalten, der gutmütige Mann, der ihnen Obdach gewährte, bot seine Einflußkraft auf, sie zur Rückkehr zu bewegen. Die Jungens aber wollten nicht, im Gegenteil, sie zogen als letzte Möglichkeit noch die Fremdenlegion in Erwägung, soweit trieb sie die Verzweiflung in ihrer aussichtslosen Lage. Wohin wird unsere Jugend getrieben? Sie klagt an und dies mit Recht! Auch die Blumberger Jugend klagt an! Sogar mit ganz besonderem Recht, denn Blumberg müßte den Regierungen in Freiburg und Bonn etwas mehr am Herzen liegen, Blumberg ist neben Kehl und Breisach in Baden ebenso Notstandsgebiet wie diese beiden Städte, wenn Staatspräsident Wohleb dies auch abgelehnt hat, selbst in Blumberg den Blumbergern wirtschaftliche Besserung versprochen hat, wo aber bleibt sie? Im Gegenteil, die wirtschaftliche Lage entwickelt sich unaufhaltsam zur schlimmsten Katastrophe.

Die Ausreißer wurden dann von den Vätern zweier Beteiligter in Tübingen eingeholt, wo sie inzwischen von der Polizei festgehalten wurden. Nun sind sie wieder in der „Doggerbergbau - Arbeitslosensiedlung Blumberg“ gelandet. Verzweifelt flüchteten sie vor ihrer aussichtslosen Lage - verzweifelt, verzagt und mutlos kehrten sie wieder zurück! Das ist das bittere Los unserer Jugend! Und wie soll das weitergehen?

Aufruf!

Das Initiativkomitee für den Frieden, das sich in Lörrach im Anschluß an einen Vortrag des bekannten Friedenskämpfers, Herr Domprediger Kleinschmidt, konstituierte, begrüßt die vom Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland angeregte Unterschriften-sammlung zur Bekundung des unbedingten Friedenswillens der westdeutschen Bevölkerung.

In der vollen Ueberzeugung, daß auch die Einwohner des Kreises Lörrach den ungeteilten Wunsch nach einem beständigen Frieden haben, wendet sich das Initiativkomitee von Lörrach im Augenblick einer erneuten Gefährdung des Friedens in Europa, an alle Schichten und Kreise der Bevölkerung, gleich welcher Parteien und Konfessionen und vor allem an die Jugend, mit der Aufforderung, sich an dem vom 9. April bis 1. Mai 1950 durchzuführenden Unterschriften-sammlung für den Frieden zu beteiligen. Es geht um den Schutz der Heimat und ihrer Menschen vor neuen Zerstörungen und unersetzlichen Verlusten. Wer den Krieg will, kann niemals sein Vaterland lieben. Wer aber sein Vaterland liebt, muß für den Frieden kämpfen.

Das Komitee für den Frieden
im Kreis Lörrach
gez. i. A.: Prof. Reinau
Gew.-Sekr. Hunzinger

Unabänderlich: 24 Tage Urlaub!

Die Jugend läßt nicht ab von ihrer Forderung

Lörrach. „Wenn es in Württemberg, Bayern und anderswo möglich ist, für alle Jugendlichen 24 Tage Urlaub zu gewähren, so hat die schaffende Jugend in Südbaden zumindest ein Recht auf 24 und 18 Tage“, heißt es in einem Schreiben der Gewerkschaften Lörrach an die Jugendvertreter, in dem die Jugend aufgefordert wird, an einer geplanten Jugendkundgebung am kommenden Wochenende in Lörrach aktiv Anteil zu nehmen. Ueber die Sicherung der bis jetzt verankerten Urlaubsrechte des Mindesturlaubsgesetzes hinaus, fordern zahlreiche Resolutionen aus Betrieben und Jugendgruppen 24 Tage Urlaub für Jugendliche bis zu 18 Jahren. So heißt es in einer Resolution, die auf einem Ausspracheabend in Neustadt (Schwarzwald) von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde:

Entschließung

„Auf einem Ausspracheabend der Neustädter Jugend, zu dem die FDJ eingeladen hatte, stellten sich die FDJler und die anwesenden Gäste einmütig hinter die getreuen Forderungen der gesamten badischen Jugend und fordern den Badischen Landtag auf, der schaffenden Jugend einen Mindesturlaub für Jugendliche bis zu 18 Jahren von 24 Tagen durch Gesetz zu gewährleisten. Als Mindestgrenze soll das zur Zeit bestehende Urlaubsgesetz in seiner vollen Fassung verlängert und aufrechterhalten bleiben.“

Belegschaftsversammlung fordert den 24tägigen Jugendurlaub

Lörrach. Auf der Betriebsversammlung der KBC Lörrach wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „In wenigen Tagen wird im Badischen Landtag wieder einmal über die Frage des Urlaubs entschieden. Es wird versucht, sei-

ens der Unternehmer, den 24tägigen Urlaub, der bisher für Jugendliche bis zu 16 Jahren verankert ist, zu Fall zu bringen. Dies muß von allen Werktätigen gleichgültig in welchem Alter sie sind, entschieden abgelehnt werden. Die Belegschaftsversammlung in Fa. KBC Lörrach wendet sich deshalb gegen jede Beschneidung der Rechte der Jugend, da sie der Auffassung ist, daß damit bereits ein Angriff auf die Rechte aller Werktätigen unternommen würde. Wir begrüßen daher die gemeinsame Aktion aller Jugendorganisationen, die vom Landesjugendausschuß zur Verteidigung der Rechte der Jugend beschlossen wurde, und unterstützen die Forderungen der Jugend, die auch unsere sind. Wir fordern den Badischen Landtag auf, nicht nur das bestehende Urlaubsrecht zu verlängern, sondern darüber hinaus allen Jugendlichen ebenso wie in Württemberg-Baden den 24tägigen Urlaub zu garantieren.“

Es liegt nun am Badischen Landtag Schopheim. In einem Schreiben der Betriebsjugend der Spinnerei Atzenbach an den Badischen Landtag wenden sich die Jugendlichen entschieden gegen jeden Versuch, den Urlaub zu kürzen. „Wir sind uns darin einig, daß wir im Namen der gesamten Jugend unseres Bezirks sprechen und begrüßen daher die gemeinsame Aktion der Jugendorganisationen, uns bei der Sicherung des Urlaubs zu helfen. Es liegt nun am Badischen Landtag, unsere Forderungen zu erfüllen.“

Konstanzer Jugendliche zum Urlaub Schopheim. In einer Entscheidung aus Konstanz am Bodensee heißt es: „Die unterzeichneten Jugendlichen der FDJ und Arbeiter aus Betrieben in Konstanz erwarten, daß der Badische Landtag seine soziale Einstellung unter Beweis stellt und der Jugend die Rechte, die ihr zustehen, auch zubilligt. Wir fordern die gesetzliche Verankerung des Mindesturlaubs von 24 Tagen für Jugendliche bis zu 18 Jahren.“

Gewerkschaftsversammlung Donaueschingen. An der letzten Generalversammlung des Ortsausschusses der Gewerkschaften in Donaueschingen, nahmen etwa 40 Delegierte sämtlicher angeschlossener Gewerkschaften teil. Vorsitzender E. Schneckenburger gab den Geschäftsbericht des vergangenen Jahres. 870 organisierte Gewerkschaftsmitglieder wurden Ende März 1949 durch den Ortsausschuß vertreten. Während des vergangenen

Keine Hand für Rüstungsarbeit!

Jahres wurde in Hüfingen eine Metallarbeitergewerkschaft und in Bräunlingen eine Textilgewerkschaft gegründet. Die Industriegewerkschaften im Bereich Donaueschingen umfassen heute 1126 Mitglieder. Den Kassenbericht gab Kassenvorstand Otterbach. Auf Antrag des Revisors wurden dem Kassier und dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt.

Oeffentliche Kundgebung am 1. Mai in Rastatt

Rastatt. Der Vorstand des DGB-Kreis-ausschusses Rastatt hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die diesjährigen Mai-Feiern örtlich zu gestalten. Es finden Kundgebungen statt in Rastatt vormittags 10 Uhr, Gernsbach vormittags 10 Uhr, Gaggenau nachmittags 15 Uhr, Forbach nachmittags 15 Uhr, Durmersheim nachmittags 14 Uhr.

Zum Mord in Gresgen

Am 5. April 1950 wurde in Gresgen, Kreis Lörrach, der 12 Jahre alte Helmut Grether in bestialischer Weise ermordet. Der Täter Franz Josef Trenk, geboren am 19. 3. 31 in Lyk (Ostpreußen), lediger Landarbeiter, ist auf einem gestohlenen NSU-Damenfahrrad flüchtig gegangen. Er wird wie folgt beschrieben: 173 cm groß, braune wollige Haare, bartlos, dicke Nase, anliegende Ohren, braune Augen, dünne Lippen, vollständige Zähne, breites Gesicht, spricht deutsch und etwas polnisch. Bekleidet war er mit dunkelgrauem Anzug und beiges Hemd mit langen Kragenecken. Er trug braune Halbschuhe mit Krappsohlen, am rechten Schuh ist die Sohle etwas losgerissen. Der Täter hat das Fahrrad in Lörrach verkauft, er konnte aber erneut flüchten. Die Bevölkerung wird, um Mitfahndung aufzufordern, Warnmeldungen sind dem nächsten Gendarmarie- oder Polizeiposten zu melden.

Betriebsrätewahlen in vollem Gang

Bühl. Aus allen Teilen Mittelbadens wird aus den Betrieben eine steigende Aktivität der Arbeiterschaft gemeldet. Die im Laufe dieses Monats stattfindenden Betriebsrätewahlen werden eifrig diskutiert. Im Gegensatz zum Vorjahr haben bereits in den ersten Tagen des Wahlmonats Betriebsversammlungen stattgefunden, in denen der Betriebsrat einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit gab. Diese Tätigkeitsberichte werden von der Belegschaft zum Teil sehr kritisch kommentiert. Nicht alle vorgeschlagenen Kandidaten sind wie sich zeigte den Kollegen angenehm. Diese Tatsache beweist, daß die Arbeiterschaft genau weiß, um was es bei den diesjährigen Wahlen geht.

In den Betriebsversammlungen der Papierfabrik Lenk - Kappelrodeck, Glashütte - Achern, Steinzeugfabrik Muggensturm und weiteren Betrieben berichteten die Betriebsräte in längeren Ausführungen über ihre Arbeit. Das Mitbestimmungsrecht nahm in allen Ausprägungen einen breiten Raum ein. Es soll dabei durchaus nicht verkannt werden, daß alle diese Betriebsräte ihre Pflicht soweit als möglich erfüllen, jedoch muß auch bei dieser Gelegenheit betont werden, daß die Betriebsrätengesetze nicht so ausgeschöpft wurde, wie dies im Interesse der Arbeiterschaft noch notwendig gewesen wäre. Dabei fehlte es durch-aus nicht an dem guten Willen. Nur ist eine weitere systematische Schulung dieser Kollegen Betriebsräte erforderlich. Mit großem Ernst und unter Einsatz ihres ganzen Wissens haben sie ein Jahr lang die Rechte ihrer Kollegen vertreten. Als Gewerkschaftler waren sie bemüht, auch den letzten noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen. Für ihre Arbeit gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Soweit sie erneut kandidieren, werden sie voll Zuversicht dem Votum ihrer Kollegen entgegen sehen können.

Bemerkenswert ist in diesem Jahr ferner die große Anzahl jugendlicher Kollegen, die als Bewerber bei den Betriebsratswahlen auftreten. Sie alle haben zum größten Teil die Bundesschule in Rheinfelden besucht, und bringen zweifellos das theoretische Rüstzeug eines Betriebsrats mit. Deshalb erwartet die Arbeiterschaft mit Spannung den Ausgang der Betriebsrätewahlen.

Allgemeinut aber ist heute bereits in allen Betrieben die Erkenntnis, daß nur der beste Gewerkschaftler Betriebsrat sein kann.

„Welt der Arbeit“ hetzt gegen die DDR

Rastatt. Eine üble Tette leistete sich das Organ des DGB in seiner letzten Nummer. Auf der ersten Seite bringt die Zeitung des

Jugendschutzbestimmungen. So gibt es im Wiesental Betriebe, die 19jährigen Mädels, nachdem sie ausgemerkt haben, ein Gehalt für ihre kaufmännische Tätigkeit von ganzen 98 DM im Monat ausbezahlen. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften sollten sich deshalb mehr darum kümmern, daß regelmäßig Jugendversammlungen in den Betrieben stattfinden, in denen die Jugendlichen ihre Sorgen vortragen. Dann wird es auch abgestellt werden können, daß Jugendliche unter 16 Jahren bis 22 Uhr arbeiten, ohne Schichtzulage! Gerade weil diese jungen Menschen sich teilweise freiwillig zu einer so langen Arbeitszeit verpflichten, zeigt, daß der Kampf um die Rechte der Jugend nicht vom Kampf um die Rechte der Frauen und Männer zu trennen ist, die mit ihrem geringen Lohn nicht auskommen und deshalb ihre Kinder von früh bis spät in die Fabrik schicken müssen.

Jede Kriegsproduktion verhindern

Die oben angeführten Beispiele, die sich beliebig fortsetzen ließen, zeigen, wie notwendig es ist, daß in den Betriebsversammlungen zu allen Fragen des Betriebes Stellung genommen werden muß und das aus den sich hieraus ergebenden Forderungen aufgestellte betriebliche Programm als Grundlage der Politik des neuen Betriebsrats dienen muß. In diesem Programm aber muß ebenfalls die Forderung verankert sein, daß kein Betriebsrat einer Produktion zustimmen darf, die dem Kriege Vorschub leistet oder leisten könnte. Gerade diese Forderung bringt nochmals mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, wieviel schärfer und konsequenter der Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen betrieblichen Fragen geführt werden muß. Hierdurch erst werden die Betriebsratswahlen ein Mittel der Werktätigen, das ihnen hilft, ihre Rechte durchzusetzen. Auf der Grundlage der betrieblichen und gewerkschaftlichen Forderungen, mit der Mobilisierung aller Kräfte werden die besten Vertreter der Werktätigen in der kommenden Wahlperiode als Betriebsräte den Kampf führen.

„werkstätigen Volkes“ eine Karrikatur, die einen deutschen Michel mit gefesselten Händen und einem Maulkorb darstellt. Unterschrift: „Freie Wahlen nach östlichem Rezept“! „Glaubt die „Welt der Arbeit“ auf diese Weise viele Leser zu gewinnen? Es ist uns nicht unbekannt, daß die Auflage zu keinem Verhältnis der Mitgliederzahl steht. Wir haben deshalb durchaus Verständnis, wenn sich die Agenturen der „Welt der Arbeit“ immer wieder an ihre Unteragenten, Kreisausschüsse und Betriebsräte wenden. Eine ganze Reihe von Abonnenten haben auf diese schamlose

Aus der Arbeit des Markgräfler Turngaaes

Vor kurzem fand in Schopheim eine Gauturnratsitzung statt, in welcher Gauvertreter Jtzin über den in Donaueschingen stattgefundenen Landesturntag des Turnerbundes Baden Bericht erstattete. Anschließend wurden die turnerischen Veranstaltungen des Jahres besprochen und die Termine festgelegt. In Griessen findet am 4. Juni für die benachbarten Turnvereine ein Schau- und Werbeturn mit Wettkämpfen in allen Stufen statt. Das Bezirksturnfest für das Rheintal kommt am 30. Juli in Säckingen zur Durchführung. Für das gesamte Wiesental findet das Bezirksturnfest am 20. August in Stetten statt. Am 13. August steigt in Säckingen am Bergsee das Gauschwimmfest. Der Gauspieltag ist für den 18. Juni in Haugingen vorgesehen. Am Himmelfahrtstag (18. Mai), dem Wanderung der Turner, findet die traditionelle Götzwanderung statt und zwar für das obere Rheintal Treffpunkt auf der Küssaburg. Das untere Rheintal wandert nach dem Kühmoos bei Egg. Für die Wiesentaler T. ist der Treffpunkt auf dem Belchen. Im kleineren Rahmen finden nach diesen Veranstaltungen noch Werbeturnen mit Wettkämpfen in Erzingen und Unterlauringen statt. Die Termine hierfür werden erst in der nächsten Gauturnratsitzung festgelegt.

Am Nachmittag fanden in der Turnhalle in Zell die Jugendmeisterschaften 1950 statt, die einen reibungslosen und harmonischen Verlauf nahmen und zum Teil recht beachtliche Leistungen zeigten. 45 Teilnehmer aus 8 Vereinen traten zu den Wettkämpfen an. 1. Mannschaftssieger der B-Klasse wurde die Turn-Abt. Schopheim mit 407 Punkten. 2. Sieger Turn-Abt. Säckingen mit 395,5 Pkt. In der Klasse C wurden Mannschaftssieger: 1. T. v. Fahrmas mit T. Waldshut mit je 405

Pkt., 2. Sieger T. v. Zell mit 397 Pkt., 3. T. v. Wehr mit 394 Pkt., 4. T. v. Todtnau mit 391 Pkt., 5. Turn-Abt. Schopheim mit 374,5 Pkt. — Bei den Turnerinnen wurden Mannschaftssieger: 1. Turn-Abt. Schopheim mit 355 Pkt., 2. Turn-Abt. Säckingen mit 339 Pkt., 3. T. v. Wehr 1. Mannschaft mit 324 Pkt. — Beste Einzelturnerinnen waren: B-Kl. 1. Rotzler Bruno, Schopheim, 2. Brauchle Gerd, Schopheim, 3. Huber Werner, Säckingen. In der C-Klasse: 1. Engler Stefan, Waldshut, 2. Zeller Hermann, Todtnau, 3. Makiol Fritz, Fahrmas. Bei den Turnerinnen: 1. Stein Margarete, Schopheim, 2. Silaff Martha, Säckingen, 3. Röck Inge, Schopheim.

K. Maier.

Arbeitslosenausschuß in Blumberg

Blumberg. In der letzten Arbeitslosenversammlung wurde nun der Arbeitslosenausschuß neu gewählt, um ihn tatsächlich als wirkames Organ für die Arbeitslosen zu gestalten. Er setzt sich wie folgt zusammen: Für Blumberg: Felix Krause, Hans Herrmann, Herbert Daniel, Walter Wenger, Frau Maria Gärtner; für die umliegenden Orte: Paul Harz, Fützen.

In der Diskussion wurden die verschiedenen Anträge an die Gemeinde besprochen. Es wurde weiter über die Aussprache mit den Betriebsleitungen bezüglich der Abgängerung von Ueberstunden berichtet. Diese Angelegenheit wurde geklärt. Auch eine rege Aussprache mit der Gewerkschaft schloß sich an. Das Hauptthema bildete der Antrag an die Regierung um Gewährung eines größeren Kredites oder Zuschusses an die Gemeinde Blumberg zum Zweck der Arbeitsbeschaffung und gleichzeitigen Beseitigung der schlimmsten Arbeitslosigkeit.

Was will der Igel mit der Zeitung?

Der Verlag Volk und Welt, Berlin, brachte ein gutes Buch von Michail Prischwin „Die Flöte Pans“ heraus, dem wir zwei Erzählungen entnommen haben. Prischwin ist ein Meister der Naturbeobachtung. Seine weit über die Grenzen der Sowjetunion bekannten Bücher vermitteln uns ein seltenes Einfühlungsvermögen in die Eigenart der vielgestaltigen Landschaft der UdSSR und ihrer kleinen und großen Tierwelt.

Einmal ging ich am Ufer unseres Baches entlang und fand unter einem Strauch einen Igel. Ich hatte gehört, daß Igel Mäuse fangen und beschloß: er soll bei mir leben und Mäuse fangen. So legte ich dieses stachelige Etwas auf den Fußboden mitten ins Zimmer. Er lag nicht lange bewegungslos und wählte sich endlich einen Platz unter dem Bett, wo er ganz still wurde.

Als es dunkelte, steckte ich die Lampe an, und siehe da, der Igel kam hervorgekrochen. Die Lampe hielt er wohl für den Mond. Die Igel laufen gern im Mondschein auf den Waldwiesen umher. Ich nahm meine Pfeife und zauberte ihm eine Wolke neben den Mond. Da wurde es ganz so wie im Walde: der Mond, die Wolken, und meine Beine waren wie Stämme der Bäume, und wahrscheinlich gefiel es dem Igel gut, denn er lief zwischen ihnen umher und rieb sich mit den Stacheln am Hacken meiner Stiefel.

Ich las die Zeitung zu Ende, ließ sie auf den Boden fallen, ging zu Bett und schlief ein. Ich schlafe immer sehr leicht. Im Schlaf hörte ich ein Rascheln im Zimmer, riß ein Streichholz an, entzündete eine Kerze und merkte gerade noch, wie der Igel unter das Bett flüchte. Die Zeitung lag nicht mehr am Schreibtisch, sondern in der Mitte des Zimmers. Ich ließ die Kerze brennen und überlegte, wozu wohl der Igel die Zeitung brauchte. Bald darauf kam er hervor, lief unmittelbar zur Zeitung, ließ sie herumrascheln und raschelte. Endlich hatte er es heraus: er pickte sich eine Ecke des Blattes auf die Stacheln und schleppte das riesige Ding in seine Ecke.

Da verstand ich ihn: die Zeitung brauchte er wie im Walde das dürre Laub, er schleppte sie weg für sein Nest; bald darauf hatte er sich ganz darin eingewickelt und ein richtiges Nest gemacht. Sobald er mit dieser wichtigen Sache fertig war, kam er aus seinem Bau heraus, blieb vor dem Bett stehen und starrte auf die Kerze — seinen Mond. Ich zauberte wieder eine Wolke und fragte ihn: „Was willst du denn noch?“

Der Igel fürchtete sich nicht. „Willst du trinken?“ Ich erhob mich, und der Igel lief nicht davon. Ich nahm einen Teller, stellte ihn auf den Fußboden, brachte einen Wassereimer. Dann tat ich Wasser in den Teller und wieder zurück in den Eimer mit viel Lärm, als plätschere ein Bach.

Da kam er auch schon heran. Ich rückte ihm meinen See entgegen. Er rückte ein Stückchen, und ich rückte ein wenig. So kamen wir denn auch zusammen.

„Trink“, sagte ich schließlich. Und er schluckte. Ich fuhr ihm ganz sachte über die Stacheln, als streichelte ich ihn, und sagte dazu: „Du bist ein guter Bursche!“

Als er fertig mit Trinken war, sagte ich: „Komm, wir wollen jetzt schlafen.“ Und machte das Licht aus. Ich weiß nicht, wie lange ich schlief, doch mit einemmal hörte ich: wieder arbeitet jemand in meinem Zimmer. Im Schein der Kerze sah ich den Igel durchs Zimmer laufen, auf seinen Stacheln war ein Apfel aufgespießt. Im Nest brachte er ihn unter und lief gleich, einen zweiten holen. Im Winkel stand ein Sack mit Äpfeln, aus dem einige herausgefallen waren. Er lief an einen Apfel heran, kugelte sich neben ihm zusammen, zuckte nach ihm hin und lief davon — auf dem Rücken einen Apfel.

So blieb der Igel bei mir wohnen. Wenn ich jetzt Tee trinke, so nehme ich ihn unbedingt zu mir auf den Tisch. Gebe ich ihm Milch, trinkt er sie, gebe ich ihm ein Stück Brot, frißt er aus der Hand.

cheln war ein Apfel aufgespießt. Im Nest brachte er ihn unter und lief gleich, einen zweiten holen. Im Winkel stand ein Sack mit Äpfeln, aus dem einige herausgefallen waren. Er lief an einen Apfel heran, kugelte sich neben ihm zusammen, zuckte nach ihm hin und lief davon — auf dem Rücken einen Apfel.

So blieb der Igel bei mir wohnen. Wenn ich jetzt Tee trinke, so nehme ich ihn unbedingt zu mir auf den Tisch. Gebe ich ihm Milch, trinkt er sie, gebe ich ihm ein Stück Brot, frißt er aus der Hand.

Wenn der Kiebitz schreit ...

Die Kraniche kommen mit dem Frühling. Wir setzen unsere Pflüge instand. In unserer Gegend ist es von altersher so Brauch: Am zwölften Tage nach der Rückkehr der Kraniche wird mit dem Pflügen der Felder für das Sommergetreide begonnen. Das Schmelzwasser hat sich verlaufen. Ich fahre den Pflug aus.

Unser Feld ist vom See aus zu überblicken. Als die weißen Möwen mich sehen, kommen sie herbeigeflogen. Die Saatkrähnen die Dohlen, alle sammeln sich in meiner Ackerfurche und picken die Würmer auf. Sie gehen ruhig hinter mir her, den ganzen Streifen entlang, die weißen und die schwarzen Vögel, nur der Kiebitz zieht über mir seine Kreise und schreit und ist unruhig. Die Weibchen der Kiebitze setzen sich sehr früh auf die Eier. Die müssen hier irgendwo ein Nest haben, denke ich bei mir. „Wer bist, wer bist?“ schreit der Kiebitz.

„Ich bin ein Hiesiger“, antworte ich, „wer aber bist du? Wo hast du dich herumgetrieben? Was hast du in den warmen Ländern gesehen?“

Der erste Band der Werke Stalins

In die Zeit der Vorbereitung des 70. Geburtstages J. W. Stalins fiel ein Ereignis, das für das geistige Leben unserer Partei und der ganzen deutschen Arbeiterbewegung von außerordentlicher Bedeutung ist. In diesen Tagen erschien im Dietz-Verlag, Berlin, der erste Band der von Marx-Engels-Lenin-Institut beim Parteivorstand der SED herausgegebenen Werke J. W. Stalins in deutscher Sprache.

Die deutsche Ausgabe der Werke J. W. Stalins soll — wie das Marx-Engels-Lenin-Institut in einem Vorwort mitteilt — entsprechend der auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewik) vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim KPdSU (B) besorgten russischen Ausgabe in 16 Bänden erscheinen. Damit wird dem deutschen Leser nach und nach der ungeheure geistige Schatz zugänglich gemacht, den die Werke des Genossen Stalin darstellen und der bisher nur zu einem Teil in die deutsche Sprache übertragen war. Es bedarf keines besonderen Nachweises, welche unschätzbare Bedeutung diese Arbeit für das Studium des Marxismus-Leninismus in Deutschland hat. Stalin ist der Mitbegründer des Leninismus, er setzt seit einem Vierteljahrhundert die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Wissenschaft fort. Es ist klar, daß eine ausreichende Meisterung dieser grandiosen Wissenschaft nur durch das gründliche Studium aller Werke des Genossen Stalin erworben werden kann. So lobenswert die Bemühungen des Dietz-Verlages sind, durch die Herausgabe einzelner wichtiger Arbeiten des Genossen Stalin („Die Klasse der Proletarier und die Partei der Proletarier“, „Anarchismus oder Sozialismus“, „Marxismus und nationale Frage“, „Ueber dialektischen und historischen Materialismus“, „Geschichte der KPdSU (B)“, Rechenschaftsberichte an einzelne Parteitage

So unterhielt ich mich, das Pferd aber schielte und stob zur Seite; der Pflug glitt aus der Furche heraus. Ich sah mir die Stelle an, wohin das Pferd geblickt hatte — und tatsächlich, da saß ein Kiebitzweibchen mitten auf dem Wege. Ich ließ das Pferd laufen, der Vogel flog auf, und auf der Erde wurden fünf Eier sichtbar. Wie das bei Kiebitzen üblich ist: kein richtiges Nest, nur ein bißchen was zusammengescharrt, so daß die Eier auf der blanken Erde liegen — wie auf einem Tisch.

Es tat mir leid, das Nest zu zerstören: der Kiebitz ist ein harmloser Vogel. Ich hob den Pflug hoch, trug ihn um das Nest herum und ließ die Eier liegen. Zu Hause erzählte ich den Kindern: „Ich gehe und pflüge, plötzlich schielte das Pferd zur Seite, und da liegt ein Nest mit fünf Eiern.“

Meine Frau sagte: „Das möcht' ich sehen!“ „Wart“, antwortete ich, „bis wir den Hafer säen, dann kannst du dir's ansehen.“

Bald darauf ging ich den Hafer säen, und meine Frau führte die Egge. Als ich zum Nest kam, blieb ich stehen. Ich winkte

usw.) sein Werk den deutschen Lesern zugänglich zu machen, so mußte diese Arbeit doch notwendigerweise lückenhaft bleiben. Selbst der äußerst wichtige Sammelband „Fragen des Leninismus“, der vom Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau besorgt wurde, konnte die Lücke nicht schließen. Um so verdienstvoller ist es, wenn der Dietz-Verlag jetzt die verantwortungsvolle Aufgabe übernommen hat, die vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim Parteivorstand der SED in Angriff genommene deutsche Ausgabe der Gesammelten Werke J. W. Stalins herauszubringen. Bereits der jetzt vorliegende erste Band der Werke J. W. Stalins zeigt, welche Fundgrube theoretischen Wissens die bei uns bisher unverfügbaren Arbeiten des Genossen Stalin darstellen. Der Band vermittelt ganz neue Einblicke in die Entstehungsgeschichte des Leninismus als des Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Er zeigt den großen selbständigen Anteil, den Genosse Stalin an der Herausbringung der leninistischen Wissenschaft hat. Gleichzeitig vermittelt er dem deutschen Leser neue, bisher unbekannt oder verkannte Seiten dieser umfassenden Theorie. Der vorliegende erste Band ist ein hervorragender Beweis für die unverkennbare Einheit der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Aus den praktischen Aufgaben der russischen oder georgianischen Arbeiterklasse heraus entwickelt Genosse Stalin die theoretischen Probleme, und aus der Lösung der theoretischen Fragen leitet er die unmittelbaren Kampfaufgaben der Arbeiterklasse ab. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Studium der Werke des Genossen Stalin wird uns auf dem Wege zur Partei neuen Typus ein gewaltiges Stück vorwärtsbringen. Es wird das ideologisch-politische Niveau unserer Partei auf eine höhere Stufe heben.

meiner Frau. Sie faßte die Zügel kürzer und trat hinüber.

„Da“, sagte ich, „du warst neugierig, sieh dir das an.“

Das Mutterherz kennt jeder: meine Frau wunderte sich, und es tat ihr leid, daß die Eier so schutzlos daliegen, und sie führte das Pferd mit der Egge um das Nest herum.

Auf diesem Streifen säte ich also Hafer, und die andere Hälfte des Ackers ließ ich frei für Kartoffeln. Es kam die Zeit zum Pflanzen. Wir sahen uns die Stelle an, wo das Nest war — es ist nichts mehr da: also hat die Kiebitzmutter die Eier ausgebrütet.

Als wir zum Kartoffelpflanzen auf Feld hinausgingen, hiefelte sich unser Hund Kadoschka an unsere Fersen. Er lief den Graben entlang über die Wiese, wir achteten nicht auf ihn: meine Frau setzte die Kartoffeln, ich führte den Pflug. Plötzlich hörten wir: die Kiebitze schreien aus vollem Halse. Wir blickten auf, und da trieb doch Kadoschka, der Schelm, fünf junge Kiebitze über die Wiese vor sich her: langbeinige, graue Vögel, die Schöpfchen waren ihnen auch schon gewachsen, alles, wie es sich gehört, nur fliegen konnten sie noch nicht und flohen daher vor Kadoschka auf ihren beiden Beinen. Meine Frau erkannte sie und rief: „Das sind doch unsere Kiebitze!“ Ich rief Kadoschka zurück: er hörte nicht und jagte sie weiter. Die Kiebitze erreichten das Wasser. Weiter konnten sie nicht laufen.

Warum gibt es Linkshänder?

Ich habe eine Menge Briefe von Lesern erhalten, in welchen ich gebeten werde, über Rechtshändigkeit, Linkshändigkeit und die Fähigkeit, beide Hände gleich gut zu gebrauchen, zu schreiben. Ich soll Auskunft geben, warum die meisten Menschen Rechtshänder sind usw. Ich wünschte, daß ich das wüßte. Bisher weiß es noch niemand.

Aber ich weiß genug darüber, daß mich die Tatsache dieser leichten Asymmetrie nicht im geringsten leuchtet. Denn die wichtigsten Moleküle, aus denen wir bestehen, sind in ihrem Aufbau asymmetrisch. Auch unsere inneren Organe sind es. Das Äußere unserer Brust und unseres Bauches ist gewöhnlich ziemlich symmetrisch, ebenso die Knochen und die Muskeln. Aber Herz, Lungen, Leber, Magen usw. sind es bei weitem nicht.

Atome scheinen symmetrisch zu sein. Momentan gibt es zum Beispiel keine Beweise dafür, daß es „rechtshändige“ und „linkshändige“ Kohlenstoffatome gibt, die sich zueinander wie ein Paar Schuhe oder wie ein Schuh und sein Spiegelbild verhalten.

Sobald aber ein kompliziertes Molekül entsteht, in dem vier verschiedene Atome oder Gruppen von Atomen mit demselben Kohlenstoffatom verbunden sind, erhalten wir „rechte“ und „linke“.

Wären die vier Atome auf einer Ebene angeordnet wie vier Straßen, welche eine Straßengasse bilden, so wäre dies nicht der Fall. Wenn wir ein solches Molekül umdrehen würden, so würde es mit seinem Spiegelbild übereinstimmen.

In Wirklichkeit aber sind die Atome in drei Dimensionen angeordnet, beinahe so wie die Ecken einer gleichseitigen, dreiflächigen Pyramide.

Natürlich sind sehr viele einfache Pflanzen und Tiere einzellige Lebewesen, asymmetrisch. Symmetrie wird erst nützlich, wenn sich ein Tier auf ein Ziel hinbewegen muß, welches es nur mit Hilfe von Organen, wie Augen oder Nase, tun kann, welche es ihm ermöglichen, das Ziel schon aus einiger Entfernung wahrzunehmen. Aber für langsame Tiere, wie Schnecken, ist Symmetrie nicht notwendig, und einige schnelle Tiere kommen ebenfalls ohne sie aus. Die Scholle oder die Seezunge z. B. sind als Larven fast symmetrisch. Dann legen sie sich aber auf die linke Seite, eines der Augen bewegt sich nach rechts hinüber und schließlich entwickeln sie von vorn nach hinten genug Symmetrie, um ganz gut schwimmen zu können.

Die meisten flachen Fische liegen auf ihrer linken Seite. Die Steinbutte ist eine der be-

„Nun“, dachte ich, „jetzt wird Kadoschka sie fangen!“ Die Kiebitze aber stürzten sich ins Wasser — und sie schwammen nicht, sie liefen darüber hin. Das reinste Wunder! Klatsch-klatsch-klatsch mit den Füßchen — und drüben waren sie.

Ob nun das Wasser noch kalt war, oder ob Kadoschka zu jung und zu dumm war — er blieb jedenfalls am Wasser stehen und wußte nicht weiter. Und während er sich überlegte, waren wir schon da und riefen ihn zurück.

Deutsch von Alice Wagner

7000 Schulen erhalten Rundfunkanlagen
Auf Grund des diesjährigen Planes für die Schaffung der technischen Voraussetzungen für den Rundfunkempfang auf breiter Basis werden in Polen 7000 Schulen, ferner 2000 Klubbücher, 900 Krankenhäuser und 1000 Staatsgüter an das Rundfunknetz angeschlossen.

Silbermann-Orgel für Leipziger Thomaskirche

Die Wirkungsstätte Johann Sebastian Bachs — die Leipziger Thomaskirche — soll die Silbermann-Orgel erhalten, die durch den Verfall der kriegszerstörten Röhthaer Marienkirche freigeworden ist und bereits vor längerer Zeit geborgen wurde. Die Orgel soll im Ostchor der Thomaskirche aufgestellt werden.

kanntesten Ausnahmen und liegt auf der rechten Seite. Aber manchmal liegt einer dieser Fische auf der für seine Art falschen Seite.

Scheinbar symmetrische Tiere sind innerlich oft asymmetrisch, so wie wir selbst. Sie können immer asymmetrische Eigenschaften entwickeln. Bei vielen Krebsen ist z. B. eine der Zangen größer als die andere, einige sind Rechtshänder, andere Linkshänder.

In der Entwicklung und Evolution gibt es einen dauernden Kampf zwischen den Prozessen, welche auf Symmetrie und jenen, welche auf Asymmetrie hinarbeiten.

Momentan scheint beim Menschen die Asymmetrie gesiegt zu haben. Denn die meisten Menschen sind ausgesprochene Rechtshänder und die meisten der restlichen ausgesprochenen Linkshänder. Und, was weniger bekannt ist, die meisten Menschen sind auch Rechtsfüßer. Zumindest in Schweden ist das so. Von 194 Schweden hüpfen nur 34 auf dem linken Fuß.

Etwas fünf Prozent der gewöhnlichen Menschen sind linkshändig. Aber sechzehn Prozent der einseitigen Zwillinge sind Linkshänder, und zwar gewöhnlich immer nur einer eines Paares. Man könnte sich ein solches Zwillingpaar wie Spiegelbilder voneinander vorstellen. Und was die Händigkeit betrifft, so stimmt es auch oft. Eine Reihe von Linkshändern sind wahrscheinlich die Ueberlebenden solcher Zwillingpaare, deren anderer Zwilling lange vor der Geburt starb.

„Rückständiges“ Deutschland

Veronika besuchte mit ihrem Ami eine „Carmen“-Vorstellung.
Am Schluß fragt sie: „Wie hat Dir die Vorstellung gefallen?“
Der Amerikaner punkte seinen Kaugummi aus und sagte verächtlich: „Was seid ihr in Germany doch rückständig! Bei uns in Amerika habe ich diese Show schon vor drei Jahren gesehen.“

Liszt und die 10 Prozent

Die Zeitung „Chicago Tribune“ veröffentlichte eine Musikkritik, die sich mit dem Konzert eines Herrn Keanley in der städtischen Music Hall befaßte. Darin hieß es: „Die Wiedergabe von Liszt Sonate war eine erstaunliche Leistung. Sie wurde in 27,5 Minuten gespielt, um 5 Prozent schneller, als der Künstler sie das letzte Mal gespielt hatte, und wahrscheinlich um 10 Prozent (oder mehr) schneller, als andere Leute sie spielen.“

Unser neuer Roman



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

Es war im Jahre 1916.
Die Leute vom Zeltlager Enmakai hatten sich am Meeresufer eingefunden, um die von der Walrobjagd zurückkehrenden Jäger zu empfangen. Sie hatten sich über das Ufer hin verstreut, und ihre plumpen Gestalten in den weiten Anzügen aus Pelz hoben sich scharf vom Schnee ab. Die Brise verstärkte sich.
Die Leute sahen gespannt auf die schäumende See hinaus und wechselten laute Rufe miteinander.
„Alitett! Alitett! Alitett!“ schrie plötzlich gellend ein Junge, der auf einem Felsen stand.
Er streckte den Arm zum Meer und schrie ununterbrochen; jubelnd, weil er als erster das Walrobboot Alitets gesichtet hatte.
Die Gespräche verstummten. Bald tauchte ein Segelboot am Horizont auf. Zu dem Haufen der Frauen trat humpelnd der alte Waal. Er trug eine abgeschabte Joppe aus Rennthierhaut, die von einem Seehundriemen zusammengehalten wurde. Selten huschte

ein Lächeln über sein strenges, von Bitterkeit gezeichnetes Gesicht. Das ganze Leben des Alten hatte sich auf dem Meer abgespielt. Oft stand er Auge in Auge mit dem Tod. Das Meer hatte ihn hart und wachsam gemacht. Als erfahrener Jäger war er hoch geachtet.
Mit seinen ständig zwinkernden Augen sah er auf das aufgewühlte Meer hinaus und sagte mit der Gewichtigkeit des Kenners: „Mit dem Walrobboot ist es nicht gefährlich, bei Seegang auszufahren. Es ist aus Holz, sein Kiel...“, er legte die welken Hände zusammen, um den Kiel anzudeuten. „Mit den flachen Baldaras (Ruderboote) aber steht es bei Seegang schlecht. Die können leicht kentern.“
Der Greis sagte Dinge, die allen bekannt waren. Aber aus Hochachtung lautete ihnen aufmerksam. Hier und da sahen die Frauen verstohlen aufs Meer hinaus. Sie wußten alle, daß die Jäger bei solchem Wetter mit Luft gefüllte Säcke aus Seehundfell an die Baldaras banden. Aber die Sorge um die Männer spiegelte sich doch auf ihren Gesichtern wider.
Das Walrobboot war in voller Fahrt. Es kam näher und näher. Das Riesensegel fing jeden Windstoß auf.
In der Ferne, kaum zu erkennen, tauchten auch die Baldaras auf. Sie verschwanden und wurden auf einem Wellenkamm wieder sichtbar.
In der Nähe des Ufers ließ das Walrobboot das Segel fallen, das nun halb auf den toten Robben lag.
Am Bug des Walrobbootes stand ein stämmiger Jäger, Tumatuge, der einen langen Riemen in der Hand hielt. Das Boot ging in der Brandung auf und nieder, doch Tumatuge stand breitbeinig fest. Federnd ging er mit dem Oberkörper die Bewegungen des Bootes aus und blieb auf den Beinen. Sein Kopf war unbedeckt. Die anprallenden Wellen spritzten hoch auf. Von Tumatuges Kleidern floß das Wasser in Strömen. Die Jäger saßen im Boot und folgten gespannt den Wellen.
Als das Walrobboot von einer hohen Welle emporgehoben wurde, holte Tumatuge kräftig aus und warf den Riemen um sein

Das Ende fiel ins Wasser, und die zurückweichende Woge zog es mit sich fort.

Lange verharrte das Boot auf den Wogen, während die Ruderer es im Gleichgewicht hielten. Oft schleuderte Tumatuge den Riemen, aber das Ende erreichte das Ufer nicht.

Der alte Waal saß abseits, paffte aus seiner hölzernen Riesenpfeife und beobachtete das Boot. Plötzlich zog er rasch die Torbase (Stiefel aus Renttierfell) aus, kramelte die Hosen auf und packte einen dünnen, zusammengerollten und mit Holz beschwerten Riemen, den ein halbwüchsiger Junge in der Hand hielt. Hastig lief er auf die Brandung zu, und als wieder eine hohe Welle zurückwich, stürzte er mit ungewöhnlicher Gewandtheit nach. Er holte aus und warf das Ende des Riemens geschickt über Tumatuges Hals. Im Nu hatte er sich umgedreht und lief blitzschnell vor der anrollenden Woge davon. Atemlos fiel er in den Schnee. Die Frauen stürzten auf ihn zu, um ihm die Torbase anzuziehen. Im Vollgefühl der Wichtigkeit seiner vollbrachten Tat hielt der Alte erst das eine, dann das andere Bein hin.
„Kraft haben sie viel, aber es fehlt ihnen an Geschicklichkeit“, sagte Waal über die jungen Jäger.

Vom Ufer wurde jetzt das dicke Ende des Riemens vom Boot herübergezogen. Der Alte erhob sich und beobachtete ruhig die Wellen, die er aufmerksam zählte.

Unterdessen packten die Männer das Riemenende, sahen den Alten an und warteten auf sein Kommando.
Die Jäger ruderten unablässig, um zu verhindern, daß das Boot vorzeitig auf den Kamm einer hohen Welle gehoben wurde.

Wiederholt ließ der Alte eine hohe Woge anstürmen und rief den Leuten zu, den Riemen fest zu fassen. Plötzlich machte er einen Sprung und rief aus vollem Halse: „To-gok!“

Im Nu zogen die Leute den Riemen straff und schlepten mitunvorstellbarem Lärm und Schreien das von einer hohen Woge vorangeschleuderte Walrobboot an Land. Die Woge schlug krachend ans Ufer, und als sie zurückwich, blieb das Boot auf der schneeigen Fläche liegen.

Rasch sprang ein untersetzter, stämmiger Mann in mittleren Jahren aus dem Boot. Sein breitköpfiges, wetherhartes Gesicht war fast dunkelbraun. Die geschlitzten, unruhigen Augen sahen scharf unter dem amerikanischen Zelloleschirm hervor, der die Augen vor der Sonne schützte; diese hatte sich zwar längst hinter den Wolken versteckt, aber Alitett hatte eine Vorliebe für amerikanische Sachen und benutzte sie oft ohne jede Notwendigkeit. Sein entblößter Kopf war von einem Kranz schwarzer Haare umgeben, die steif wie Fischbein waren. Sie bedeckten fast Stirn und Ohren. Der kahlgeschorene Scheitel glänzte. Das Gesicht und die unteretzte Gestalt Alitets drückten Kraft, Starrsinn und Grausamkeit aus. Er trug eine Joppe aus Robbenfell, die statt von dem üblichen Seehundsgürtel von einer langen Zündschnur zusammengehalten wurde. Daran hingen zahlreiche Amulette, Lederstücke, eine rote Perle, ein winziges geschnitztes Walrob aus Knochen und sogar eine Zwanzig-Cent-Münze. Alle möglichen Amulette hingen auch auf dem Walrobboot, an dessen Bordwand die Zahl „1915“ zu lesen war, in dem es erbaut worden war. Die Amulette schützten vor bösen Geistern, vor Unglück und Krankheit und brachten Erfolg im Leben und in den Geschäften. Die ertragreiche Robbenjagd erfrucht Alitett Herz.

„In der Nähe sind keine Walrosse“, sagte er den Stammesangehörigen, die ihn umringt hatten. „Das Walrob hält sich weit entfernt vom Ufer auf. Dort, weit draußen!“ folgte Alitett hinzu und machte eine schwingvolle Gebärde ins Meer hinaus.

Er drehte sich zum Boot und rief den Leuten zu: „He, ihr! Das Boot muß weiter weg vom Wellenschlag!“

Die Leute hängten sich an das Schiff und schlepten es über den harten Schnee. Im Boot lagen drei Walrosse und auf den blutigen Leibern drei Walrobköpfe mit gebogenen riesigen Stoßzähnen.

Tumatuge packte die Hauer des größten Kopfes und schleppte ihn mit Mühe und Not über Bord. Er stieß mit den Hauern in den Schnee, der bald blutdurchtränkt

war. Tumatuge schleifte den ersten Kopf vom Boot und stellte ihn mit den andern in eine Reihe. Die bärtigen Walrobköpfe mit den weitgeöffneten großen Augen standen wie lebendig da.

Alitett weiß, was der amerikanische Freund braucht! Hauer! Das Fleisch kann man ins Meer werfen. Und außerdem kann das Boot ja auch nicht mehr als drei Walrosse tragen. Unterdessen waren die Baldaras nacheinander herangekommen. Sie blieben dicht beisammen liegen.

Die Frauen, auf deren Schultern die Kinder saßen, standen am Ufer, kauten Strandkohl und beobachteten schweigend, ohne die Blicke abzuwenden, die Baldaras.

Der alte Waal ging auf Alitett zu. „Nein, die Robben sind weit, die Jäger haben nicht eine erledigt“, sagte Alitett und lächelte selbstzufrieden. „Mein Walrobboot ist stark und schnell wie ein Rennthier. Das Walrob kann mir nicht entkommen. Ich habe Charlie ja nicht umsonst sechs Eisbärfelle und zwei Säcke mit Fuchs- und Blaufuchsfellen dafür gegeben! Und wieviel Stoßzähne hat er als Zugabe von mir bekommen!“ Alitett winkte geringschätzig aufs Meer hinaus und setzte hinzu: „Aber mit Baldaras zu jagen gleicht einem Fuchsjagd ohne Gewehr.“

Alitett und der alte Waal gingen auf die Walrobköpfe zu. Der Alte sah sie traurig an und sagte:

„Wieviel Fleisch verlorengegangen ist! Wieviel Nahrung! Von acht Walrossen! Gute Nahrung ist ins Meer geworfen worden.“

„Der Amerikaner wird kein schlechtes Walrobboot bringen“, sagte Alitett, ohne die Worte des Alten zu beachten, und ging auf die ausgeladenen Walrobköpfe zu.

Auch die Hunde vom ganzen Lager waren zusammengelaufen. Sie saßen wohlgezogen im Halbkreis und leckten sich die Schnauzen, ohne die klugen Augen vom Fleisch abzuwenden. Ihre Ungeduld äußerten sie hier und da durch langgedehnte Winseln und Zähnefletschen. Die Ungeduldigsten unter ihnen schnappten nach blutdurchtränkten Schneeklumpen und verschlangen sie auf der Stelle.

Mannheims Heimkehrer gegen Reaktion

Vorstand des Ortsverbandes erhielt hundertprozentiges Vertrauen — Mittel zur Existenzgründung in Aussicht

Mannheim. Der Ortsverband der Heimkehrer hatte am Mittwochabend seine Mannheimer Mitglieder zu einer Versammlung im „Siechen“ eingeladen. Eingangs verlas der Vorsitzende H. Seiler den Rechenschaftsbericht und kam dabei noch einmal ausführlich auf den Bruch mit dem reaktionären Landesvorstand des Zentralverbandes der Heimkehrer in Stuttgart zu sprechen, über den wir bereits in unserer Ausgabe vom 4. April eingehend berichteten.

Seiler fügte zu diesem Punkt noch erläuternd hinzu, daß die Zersplitterung des Verbandes für die Heimkehrer von Schaden sei, aber man auf keinen Fall noch länger mit dem „Waschlappen“ Supper von Stuttgart zusammenarbeiten könne, der beispielsweise den Vorsitzenden der Karlsruher Heimkehrer abgelehnt hatte, weil dieser Kommunist ist. Die Heimkehrer von Karlsruhe allerdings ließen sich aber nicht von Suppers Karren der Anti-Sowjetethetze einspannen und distanzieren sich daraufhin geschlossen von Stuttgart.

Die Heidelberger Heimkehrer kehrten Supper ebenfalls den Rücken und schlossen sich einstimmig dem am 1. 4. 1950 neugegründeten Landesverband der Heimkehrer von Nordbaden an, dem auch Mannheim und Karlsruhe angehören und der heute bereits über 3000 badische Heimkehrer zählt. In nächster Zeit soll versucht werden, eine Zusammenfassung der Heimkehrer auf Bundesebene herbeizuführen.

Seiler wurde als erster Vorsitzender der Mannheimer Heimkehrer, die heute bereits 500 Mitglieder zählen, von Stuttgart bereits einmal schon diktatorisch seines Postens enthoben, was aber bei den Mannheimer Mitgliedern damals nur ein mitleidiges Lächeln ausgelöst hatte. Er meinte dazu am Mittwochabend im Hinblick auf seine Differenzen mit Stuttgart, daß man es ihm offensichtlich übel genommen hatte, weil er sich nicht dafür interessierte, ob der einzelne Heimkehrer Kommunist oder sonst

etwas sei. In erster Linie gelte es für ihn, die Interessen der notleidenden Heimkehrer zu vertreten. In Stuttgart habe man ihn gefragt, ob er in Rußland tätig gewesen sei, und als er seine Funktion als Kulturreferent ohne Verschleierung zugab, wirkte seine Erklärung wie ein rotes Tuch auf den reaktionären Landesvorstand. Supper machte ihm daraufhin den Vorwurf, er sei Antifaschist. Deutlicher konnte sich dieser Herr wirklich nicht mehr ausdrücken. In diesem Moment war es für Seiler klar, daß man in Stuttgart keineswegs die Interessen der Heimkehrer, sondern höchstens seine eigenen vertritt und im übrigen bewußt im Rahmen der Remilitarisierung lieber einen Soldatenverein gründen möchte, als einen Heimkehrerverband.

Die anschließende Abstimmung über die Entschließung zur restlosen Trennung von Stuttgart und die Beibehaltung des 1. Vorsitzenden Seiler ergab eine 100prozentige Vertrauenserklärung für die Entschließung, deren Wortlaut wir im wesentlichen ebenfalls in unserer Ausgabe vom 4. April behandelten.

Als nächster Punkt stand die Selbsthilfekonzeption zur Arbeits- und Wohnungsbeschaffung auf der Tagesordnung. Der Verband habe bereits Schritte zur Erlangung des Erbbaurechts für die Heimkehrer unternommen. Teils wollen die Heimkehrer selbst, teils auf genossenschaftlicher Basis bauen. Auch sollen beschädigte Wohnungen ausgebaut werden. Jeder könne sich in seiner Freizeit beim Bau betätigen. Seiler meinte dazu, daß es sich ermöglichen ließe, vom Staat Kredite zu erhalten, so daß man die Heimkehrer, die heute noch in Bunkern und Kellern wohnen, schnellstens herausholen könnte.

In Neuwied seien auf diesem Wege mit staatlicher Unterstützung z. B. durch die Heimkehrer bereits 60 Neubauwohnungen erstellt worden. Warum sollte das nicht auch

in Mannheim möglich sein. Unerwähnt blieb leider wieder einmal die Tatsache, daß eine umfassende Hebung der Wohnungsnot ganz einfach durch den Abzug der Besatzungsmächte möglich wäre, denn mit 5 Milliarden Besatzungskosten im Jahr ließe sich bedeutend einfacher bauen, als mit mühsam erkämpften Krediten.

Für Geschäftsgründungen und das selbständige Gewerbe sei es Heimkehrern mög-

lich, aus Mitteln des Landespräsidenten in Karlsruhe einen mit 7 Prozent verzinsten Kredit als Darlehen bis zu 10.000 DM zu erhalten. Aus dem Soforthilfe-Fonds der Stadt Mannheim könnten zur Sicherung der Existenz für den Heimkehrer zu Bauzwecken bis zu 5000 DM entnommen werden.

Abschließend gab der Vorsitzende noch bekannt, daß sich die Mannheimer Heimkehrer an das „Komitee der Kämpfer für den Frieden“ angeschlossen haben, da sie die Schrecken des Krieges kennen würden und alles menschenmögliche zur Erhaltung des Friedens beitragen wollen. Alle anwesenden Heimkehrer wurden aufgefordert, sich in die Unterschriftenliste für den Frieden einzutragen.

Sie mahnen und klagen an

Kriegsversehrte müssen in Westdeutschland betteln gehen

Freiburg. Während man Generälen und anderen hohen Offizieren der ehemaligen faschistischen Wehrmacht ausreichende Pensionen zubilligt oder dafür sorgt, daß sie gute Positionen bekommen, sind auf der anderen Seite die kriegsversehrten ehemaligen Soldaten gezwungen, betteln zu gehen, weil ihre minimale Rente nicht ausreicht, sich und ihre Familien zu ernähren. An den verkehrsreichen Stellen der Stadt Freiburg sind diese bedauernswerten Menschen zahlreich vertreten und bitten Vorübergehende um eine kleine Gabe. Diese traurige Nachkriegserscheinung erinnert uns treffend an den Spruch: „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß.“

In vielen Fällen werden diese bedauernswerten Menschen, die ein Opfer des verbrecherischen Hitlerkrieges sind, von der Polizei aufgefordert, nach Hause zu gehen. Kurzlich mußten wir beobachten, daß ein Doppel-Beimampulierter, der dazu noch blind war, an der Ecke des Columbi-Parks von einem Polizisten brutal weggezurrt wurde. Den Machthabern in Westdeutschland sind verständlicherweise diese Kriegsversehrten die direkt zum Betteln gezwungen sind, äußerst unangenehm, weil durch sie ganz offen die unsocialen Verhältnisse in

Westdeutschland aufgezeigt werden. Auf der anderen Seite sind diese Kriegsversehrten eine dauernde Anklage an die Kriegstreiber und eine Mahnung an die Bevölkerung. Das Bild der bettelnden Kriegsversehrten ist auch für unsere südbadische Bevölkerung eine Aufforderung, sich noch konsequenter für die Erhaltung des Friedens einzusetzen.

Bisher wurden diese armen Menschen noch immer als Menschen zweiter Klasse behandelt. Noch vor kurzem wurde in einer Versammlung der Mitglieder des Kriegs-

Das Deutschlandtreffen wird das Treffen der gesamten deutschen Jugend sein!

beschädigten-Verbandes dagegen protestiert, daß man diesen Armeisten der Armen nur Versprechungen macht, aber nicht im entferntesten daran denkt, die Rente zu erhöhen.

Diese unerträglichen Zustände in Westdeutschland verschlimmern sich von Tag zu Tag. Millionen notleidende Kriegsbeschädigte, kleine Rentner und 2 Millionen Arbeitslose sind die einzige Anklage an die Kolonialpolitik in Westdeutschland, die die Schuld an diesem unermesslichen Elend tragen. Miese Leute haben sich nicht geschämt, im letzten Wahlkampf großartige Versprechungen zu machen, um Stimmen einzufangen und nach der Wahl geben sie der westdeutschen Kolonialpolitik die Anweisung, die um Almosen bettelnden Menschen von den Straßen und Plätzen zu jagen, um ihr bankerottes System zu verheimlichen.

Es ist klar, daß das Betteln um Almosen kein Weg ist, aus diesem Elend herauszukommen. Alle Kriegsbeschädigten müssen deshalb geschlossen und konsequent den Kampf um eine ausreichende Rente und mit der übrigen Bevölkerung zusammen den Kampf um den Frieden führen.

Ein Vorschlag zur Güte

Rastatt. (Volkskorr.) Bei einer Gruppentagung des Mittelbadischen Sängerkreises, bei der von 8 Vereinen 7 vertreten waren, wurde über die Durchführung des Badischen Bundessängerfestes in Karlsruhe diskutiert.

Im weiteren Verlauf wurde starke Kritik an der Arbeit des Rastatter Kulturschusses geübt. Man wirft dieser Einrichtung vor, sie brächte kein Verständnis für das Rastatter Vereinsleben auf. Wie unser Berichterstatter beim Kulturschuss erfahren konnte, erging bei sämtlichen Arbeitstagen des Ausschusses eine Einladung an den Vertreter der Gesangvereine, um die Belange dieser Vereine in der Programmgestaltung und besonders bei der Terminfestlegung zu berücksichtigen. Bis heute ist jedoch noch keiner der Vereine der Einladung gefolgt.

Ein Vorschlag zur Güte. Könnten nicht die vier Rastatter Gesangvereine in Verbindung mit dem Kulturring sich auf ein oder zwei großangelegte Konzerte im Sommer und der gleichen Anzahl im Winter beschränken? Wenn diese Veranstaltungen gründlich vorbereitet werden und auf die Mitwirkung von auswärtigen, teuren Solisten verzichtet, dafür aber das Programm dem Publikumsgeschmack (Volkslieder, Massenhör, Operettenmelodien) angepaßt wird, können die Gesangvereine bestimmt mit dem Erfolg zufrieden sein. Das, was den Rastatter Gesangvereinen bis heute fehlte, die Zusammenarbeit, ist allerdings die Bedingung für das Gelingen eines solchen Vorhabens.

Landarbeiter

fordern höhere Löhne

Tarifvertrag auf 30. Juni gekündigt

Stuttgart. (EB). Nachdem die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft seit Monaten eine Bewegung für die Verbesserung der Landarbeiterlöhne durchgeführt hat, die im wesentlichen ohne Erfolg blieb, hat sie sich jetzt entschlossen, den im Juli 1948 abgeschlossenen Tarifvertrag für die Landwirtschaft Württemberg-Baden zum 30. Juni 1950 zu kündigen.

Das Problem der Erhöhung der weit unter dem Existenzminimum liegenden Landarbeiterlöhne ist seit langer Zeit Gegenstand der Diskussion.

Es ist heute bereits offenes Geheimnis, daß der Landarbeitermangel nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die Löhne, die in der Landwirtschaft gezahlt werden, meist unter dem Existenzminimum liegen.

Der Kampf der Landarbeiter um höheren Lohn wird die Unterstützung der in den Industriegewerkschaften organisierten Arbeiter finden, denn für beide steht dasselbe Problem: Der Kampf gegen den Angriff auf ihr Existenzminimum. (VSt.)

Singens Aussichten auf den 2. Platz schwinden

Torloses Remis zwischen FFC und Singen — Spielausfälle und internationale Treffen

Südliga

Das vorgesehene Osterprogramm an Meisterschaftsspielen konnte nicht ganz durchgeführt werden. Das Spielverbot für einige Orte in Südbaden machte einen Strich durch die Rechnung. Eine Ausweichmöglichkeit war nicht überall gegeben und so mußten die Spiele Lahr — Kuppenheim, Rastatt — Reutlingen und Konstanz — Offenburg ausfallen. Im wichtigsten Treffen Singen — FC Freiburg 0:0 teilte man sich die Punkte. Für die Freiburger ist der eine in Singen gewonnene Punkt von Bedeutung für die Behauptung des vierten Tabellenplatzes. Tübingen kassierte schon am Gründonnerstag mit 4:0 von Hechingen die Punkte. Der SC Freiburg konnte mit seinem hohen Sieg 5:2 über Villingen seine Abstiegsgefahr mindern, zumal Trossingen und Schweningen auf eigenem Platz an Ebingen bzw. Friedrichshafen je einen Punkt abgeben mußten. Die Tabelle nach den Osterspielen lautet:

SSV Reutlingen	26	20	2	4	68:27	42
Eintracht Singen	27	17	4	6	56:29	38
SV Tübingen	24	15	5	4	58:27	35
FC Freiburg	26	13	8	5	55:29	34
ASV Ebingen	27	14	6	7	45:36	34
FV Kuppenheim	26	12	5	9	55:58	29
VfL Konstanz	24	11	5	8	49:31	27
SV Rastatt	24	10	7	7	48:38	27
FV Lahr	27	11	3	13	43:50	25
FV Offenburg	25	7	8	10	29:39	22
FC Villingen	25	9	3	13	45:49	21
SC Friedrichshafen	26	8	4	14	30:55	20
VfL Schweningen	24	6	4	14	44:56	16
SC Freiburg	24	6	4	14	41:52	16
SpVgg Trossingen	25	5	5	15	36:50	15
SV Hechingen	28	2	3	23	31:107	7

Eintracht Singen — FC Freiburg 0:0

Die Leistungen beider Mannschaften lieten sehr unter der ungünstigen Witterung. Der starke Wind erschwerte die Ballkontrolle und der regenasse schwere Boden ermüdete die Spieler vorzeitig. Jeweils war die mit dem Wind im Rücken spielende Mannschaft feldüberlegen, ohne aber diesen Vorteil zahlenmäßig auszunutzen zu können. Bei einem Weitschuß, der die Querlatte streifte, hatten die Freiburger Pech. Nach Seitenwechsel drängte Singen mit Wind recht stark, die Freiburger Abwehr stand aber sicher, so daß die Stürmer Singens selten Schußgelegenheit hatten. Auch eine Reihe von Eckbällen, die die Freiburger Hintermannschaft in der Bedrängnis verursachte, konnte von Singen nicht ausgenutzt werden und so endete das Treffen torlos. Das Unentschieden wird den Leistungen beider Gegner gerecht.

Sportclub Freiburg — Villingen 5:2

Beide Mannschaften überboten einander in hohem Spiel. Erst nachdem in der 15. Minute ein Foulelfmeter von Tritschler zum 1:0 für den SC verwandelt wurde, änderte sich dies. Der SC zeigte nun zeitweilig einen schönen Flachpaß und ganz nette Kombinationen, die schon 5 Minuten später nach einem Alleingang von Tritschler mit dem 2. Tor belohnt wurde. Aber auch der Villingen Sturm war nicht ganz ungefährlich, so war es Oehler, der in der 35. Minute das erste Tor für Villingen anbringen konnte. Aber in der 42. Minute verhalf Huber von Villingen dem SC durch ein

Eigentor zur Vergrößerung seines Vorsprungs. Man erwartete, daß Villingen, die in der 2. Halbzeit nun mit dem Wind spielen, noch offensiver spielen würde. Dem war nicht so, denn schon drei Minuten nach Wiederanspiel schoß Förster einen Strafstoß, der vom Torwart abprallte und schließlich von Ehret zum 4:1 verwandelt wurde. Die Gäste drängten nun immer mehr und versuchten vergeblich den Abstand zu verringern. Kuhnle schoß in der 60. Minute einen Strafstoß und der gute Villingen Torwart warf sich vergebens. So stand es 5:1, als 8 Minuten vor Schluß der Villingen Rechtsaußen Moser durch einen schönen Alleingang das Resultat um ein Tor verbessern konnte. Schiedsrichter Baas aus Offenburg war dem Spiel ein allseitig korrekter und scharfer Leiter. Im großen und ganzen gesehen war dieses Treffen eines der schönsten Heimspiele des SC Freiburg.

zerrümmert hatte. Zwei Spieler mußten verletzt vom Platz getragen werden.

Erneut Eishockey-Zwischenfall in Garmisch

Das Eishockey-Freundschaftsspiel SC Zürich — SC Rießersee wurde am Montag in der 19. Minute beim 3:0-Stand für Rießersee vorzeitig abgebrochen. Die Schweizer verließen nach Tätlichkeiten zwischen dem Schiedsrichter und einem schweizerischen Spieler das Eis.

Trossingen — Ebingen 2:2

In dem erbitterten Kampf der beiden Neulinge konnten die vom Abstieg bedrohten Einheimischen nur einen Punkt retten. Das Spiel stand auf keinem hohen Niveau. Trossingen ging bereits nach 10 Minuten durch Ahrand in Führung aber Ebingen kam noch vor der Pause durch Wäsche zum Ausgleich und durch Pfeiffer in Führung. Trotz starkem Drängen konnte Trossingen erst wenige Minuten vor Schluß durch Weißhaar ausgleichen.

Schweningen — Friedrichshafen 1:1

Friedrichshafen verdankt seinen Teilerfolg der Schußunsicherheit der Stürmer Schweningen. Trotz klarer Feldüberlegenheit Schweningen endete die erste Halbzeit torlos. Schweningen verschoß sogar einen Elfmeter. Eine Viertelstunde nach Seitenwechsel konnte Friedrichshafen sogar durch Kopfball seines Rechtsaußen in Führung gehen. Wohl kam Schweningen bereits 5 Minuten darauf durch den Halbrechten Schimmelpfennig zum Ausgleich, aber der Siegestreffer blieb trotz zahlreicher Chancen aus.

SV Tübingen — SV Hechingen 4:0

In dem auf Gründonnerstag vorverlegten Südligaspiel SV Tübingen — SV Hechingen, das guten Besuch aufzuweisen hatte, siegte Tübingen erwartungsgemäß glatt über den Tabellenletzten. Die Gäste wurden mit 4:0 noch recht billig bedient, denn die Platzbesitzer waren in der zweiten Spielhälfte deutlich überlegen. Bei größtem Schußvermögen in der ersten Halbzeit wäre schon bis zur Pause eine deutliche Führung der Tübinger möglich gewesen. Die Tübinger spielten mit mehrfachen Ersatz, der sich gut in die Mannschaft einfügte. Die Tore für Tübingen schossen Hamann, Hubrich und Scheffbuch.

Schlägerei im Olympia-Eisstadion

Im Garmischer Olympia-Eisstadion erlebten 5000 Zuschauer bei dem „Eishockey-Freundschaftsspiel“ zwischen dem Schweizer Meister Davos und dem deutschen Meister Rießer See 6:3 eine Schlägerei, an der sich beide Mannschaften nahezu geschlossen beteiligten, nachdem der Garmischer Biersack seinen Schläger auf dem Kopf Heierlings

Offenburg und Konstanz schlugen Schweizer

SpVgg Offenburg — BC Zürich 5:1

Das erste internationale Spiel in Offenburg erfreute sich eines guten Besuches und brachte den Einheimischen einen hohen Sieg über die sympathischen Gäste aus der Schweiz. Diese Mannschaft vermochte in der ersten Halbzeit das Spiel stets offen zu gestalten und auch gefährliche Angriffe durchzuführen, aber im Offenburg Strafraum versagte ihre Kunst. Offenburg wurde nach der Pause mit dem Wind im Rücken stark überlegen und konnte das auch durch eine entsprechende Torzahl zum Ausdruck bringen.

VfL Konstanz — Brühl St. Gallen 3:1

Die Schweizer Mannschaft spielt in der

Nationalliga B eine beachtliche Rolle, sie fand aber in den Konstanzern ihren Meister. Die Einheimischen zeigten die bessere Zusammenarbeit und waren dadurch meist leicht feldüberlegen. Die Hintermannschaft der Schweizer war aber sehr sicher und hart, der Torwart ausgezeichnet. Bereits nach wenigen Minuten waren die Gäste durch ein Eigentor des Konstanzers Mitteläufers in Führung gegangen. Zehn Minuten später kam Konstanz durch Schulz zum Ausgleich und kurz vor der Pause durch den gleichen Spieler zum Führungstor. Trotz Überlegenheit gelang den Konstanzern erst fünf Minuten vor Schluß durch Vögelé die Sicherung des Sieges mit dem dritten Treffer.

Anzeigenleiter

mit guten Fachkenntnissen und Initiative gesucht. Auch Bewerber, die sich für diese Tätigkeit befähigt fühlen, wird Gelegenheit zur Weiterentwicklung geboten.

Ellangebote mit Lebenslauf, Ausbildung, Gehaltsansprüchen erbeten u. Nr. 32-55 an den Verl. dieses Blattes.

Bekanntmachung

Die Vergebung des Weggrases für das Jahr 1950 findet am Donnerstag, dem 13. April 1950, nachm. 15.00 Uhr im städt. Bauamt, in der Badstr. statt. Die Nutzungsgebühr ist in bar zu entrichten. Stadtbauamt (Abt. Tiefbau)

Werbe-Preis-Aufgabe

Um die Bevölkerung rechtzeitig in diesem Jahre mit dem bekannten Einmach-Cellophan vertraut zu machen, veranstalten wir eine Werbe-Preis-Aufgabe, bei welcher Gebrauchsgegenstände im Gesamtwert von

DM 10.000,-

zur Verteilung gelangen. Als Hauptgewinn wurden

- 3 Motorräder
- 1 Schlafzimmer
- 1 Wohnzimmer
- 1 Küche etc. ausgesetzt.

Insgesamt 2000 Preise mit 10.000 DM gelangt zur Verteilung.

Die Aufgabe: Aus den Silben a — s — a — a — dam — die — e — e — feu — leip — ma — man — pfeil — ri — ro — se — sel — tel — tel — zig

sind neun Wörter zu bilden, deren erster Buchstabe von oben nach unten gelesen einen Brot-aufstrich ergibt. Beim Einkochen desselben findet nur das erstklassige Einmach-Cellophan Verwendung.

Bedeutung der Wörter: 1. Kleidungsstück, 2. erster Mensch, 3. Blume, 4. weibl. Vorname, 5. Kletterpflanze, 6. süds. Hauptstadt, 7. Baumfrucht, 8. Unkraut, 9. Tragtier.

Die richtige Lösung senden Sie sofort in einem verschlossenen Briefumschlag unter Beifügung eines mit Ihrer Anschrift versehenen Briefumschlages an uns ein. Jeder Einsender der richtigen Lösung erhält kostenlos eine Doppelpackung Einmach-Cellophan. — Geben mehr als 2000 richtige Lösungen ein, so entscheiden die Lose, welche unter Aufsicht eines Notars gezogen werden.

Firma HELMUTH HULLER, Papiergroßhandl., Abt. Werbung — (16) Wiesbaden, Postfach.

Die Teilnahme an dieser Werbe-Preis-Aufgabe verpflichtet Sie zu nichts.

Fahrräder Kleinkrafträder Motorräder

Dürrkopp Viktoria NSU und Ersatzteile bei

Fahrzeug-Voeglin LORRACH

Beachten Sie die große Auswahl in meinem neuen Laden am neuen Marktplatz

Führe nur deutsche Erzeugnisse daher Nachfrage nach ausländischen Ersatzteilen zwecklos.

Fahrräder komplett ab DM 105

„Hicoton“ altbewährt gegen Bettläsungen

Preis DM 2.65. Zu nab in all Apoth

Berücksichtigt unsere Inserenten

CASINO-KABARETT

Ab heute Mittwoch nur 6 Tage täglich, nachmittags 3 Uhr.

Etwas für unsere Kinder und ihre Eltern! Die unvergleichlichen lustigen Bubenstreiche von

Max und Moritz

nach Wilhelm Busch, dargestellt von erstklassigen Schauspielern der Orig. Salzburger Max & Moritz-Bühne.

Eintrittspreise: 1.50, 2.—, — Kinder halbe Preise.

Allabendlich 20.00 Uhr. Nur noch vier Tage!

Käsbibberles Lachbühne

Artistik, Gesang, Tanz usw. — Lachen am laufenden Band. Nach der Vorstellung: Tanz für Alle!

Stets frisch auf den Tisch!

Fast in jeder 2. Familie wird heute Lindex getrunken. Bei einem so großen Umsatz ist es ja verständlich, daß jede Tasse Lindex frisch auf Ihren Tisch kommt und Ihnen so gut schmeckt.

Lindex ja - der schmeckt!

Als Frühjahreskühe ist RICHTERTEE erwünscht, DENN ER ENTSCHEIDET UND WIRD ALS SCHLANKHEITSTEE GELIEBT!